

## **7 Dringlichkeitsanträge**

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Jetzt unterbrechen wir die Tagesordnung und kommen endlich zu den Dringlichkeiten.

Wir beginnen mit dem ersten Dringlichen Antrag der KPÖ.

### **7.1 Aufnahme des elementarpädagogischen Berufes in die bundesweite Liste der Mangelberufe 2024 (GR Mina Naghibi, KPÖ)**

Gemeinderätin **Naghibi**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stellvertreter, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats, sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen! Wir haben das Thema der Elementarpädagogik bereits heute diskutiert, und zu Recht behandeln wir es in jeder Gemeinderatssitzung, da es sehr wichtig und dringend ist. Heute möchte ich mich mit dem mündlichen Antrag an Sie wenden, den elementarpädagogischen Beruf ab 2024 in die bundesweite Mangelberufsliste aufzunehmen. Das Ziel der Politik muss sein, die teils unzureichenden Rahmenbedingungen für elementarpädagogisches Personal und Kinder und deren Familien zu verbessern. Wir sollten die vorhandenen Ressourcen nutzen, um Familien, elementarpädagogisches Personal und Kinderbetreuungseinrichtungen zu unterstützen. Es ist wichtig, dass die Personen, die bereits eine Ausbildung in diesem Bereich absolviert haben, auch einen entsprechenden Arbeitsplatz finden können, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Ich möchte anhand von zwei Beispielen aus meiner Berufspraxis erklären, warum mir diese Thematik persönlich und politisch am Herzen liegt. Beide Kolleginnen haben während ihrer Ausbildung als Kinderbetreuerinnen gearbeitet und konnten so ihre Ausbildung finanzieren. Nach Abschluss der Ausbildung hatten sie nur eine begrenzte Zeit, um einen Job zu finden, der entweder mehr als 2000 Euro bezahlt oder auf der Mangelberufsliste steht. Beides war für sie nicht möglich, da das Gehalt für

elementarpädagogisches Personal in diesem Bereich weit entfernt ist und der Beruf auf der bundesweiten Mangelberufsliste nur in Wien und Salzburg steht.

Eine Kollegin ist mittlerweile verheiratet und hat dadurch ein Aufenthaltsvisum für Graz erhalten, die andere ist nach Wien gezogen. Beide verfügen über die notwendigen Qualifikationen für den Beruf und sollten auch die Möglichkeit haben, in Graz zu arbeiten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

Der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft wird auf dem Petitionswege aufgefordert, zu prüfen, inwieweit beim Beruf der Elementarpädagogin/des Elementarpädagogen die Kriterien zur Erfüllung der Aufnahme in die bundesweite Liste der Mangelberufe erfüllt sind und ggf. weitere Schritte zu veranlassen, damit eine Aufnahme in die Liste erfolgen kann.

Ich bitte um breite Unterstützung und danke für Ihre konstruktiven Beiträge.

#### ***Originaltext des Antrages:***

*Auch im neuen Kinderbildungs- und -betreuungsjahr stehen Familien und elementarpädagogisches Fach-, sowie Assistenzpersonal noch immer vor Herausforderungen und chronischen Problemen, deren Ursachen den bildungspolitisch Verantwortlichen seit vielen Jahren – in manchen Fällen seit Jahrzehnten – bekannt sind.*

*Das Ziel der Politik muss sein, die teils unzureichenden Rahmenbedingungen für elementarpädagogische Bedienstete und in weiterer Folge auch für Kinder und deren Familien, auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse nachhaltig und fortschrittlich zu reformieren und damit zu verbessern. Im Laufe dieses Prozesses ist es notwendig, dass Ressourcen, die uns jetzt zur Verfügung stehen, um Familien und elementarpädagogisches Personal und Träger von Kinderbildungs- und -*

*betreuungsstätten zu unterstützen, auch genutzt werden können bzw. sicher zu stellen, dass sie auch für Graz freigemacht werden können.*

*Der aufgrund von schlechten Rahmenbedingungen herrschende Personalmangel im elementarpädagogischen Berufssektor ist ein großes Problem. Verstärkt wird er durch eine Pensionierungswelle: In Graz gehen pro Jahr 10 bis 15 Pädagog:innen und etwa 20 Kinderbetreuer:innen in den beruflichen Ruhestand. Das wird auch in den nächsten Jahren so weitergehen. Ein Mittel, um dazu einen Ausgleich zu finden, war und ist der Ausbau von elementarpädagogischen Kollegplätzen an der BAfEP Graz sowie an der KPH in Graz. Bereits seit mehreren Jahren sieht man, dass nicht alle, die eine Ausbildung absolvieren, auch tatsächlich in den Beruf gehen. Bei Kollegabsolvent:innen ist der Anteil der Berufseinsteiger zwar höher, aber da einige von ihnen keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, können sie einen Job derzeit nur in Salzburg oder Wien antreten – nicht aber in der Steiermark oder hier in Graz. Das liegt daran, dass die elementarpädagogischen Berufe derzeit nicht auf der bundesweiten Liste der Mangelberufe geführt werden.*

*Seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft gibt es eine Fachkräfteverordnung, die für das jeweilige Jahr Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften festlegt. Zudem gilt der §13 Abs. 1 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, das den Arbeitsminister ermächtigt, im Falle eines längerfristigen Arbeitskräftebedarfs, der aus dem Inland verfügbaren Arbeitskräftepotenzial nicht abgedeckt werden kann, zur Sicherung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort durch Verordnung für das nächstfolgende Kalenderjahr Mangelberufe festzulegen, in denen Ausländer:innen als Fachkräfte gemäß § 12a AuslBG für eine Beschäftigung im gesamten Bundesgebiet oder in bestimmten Bundesländern zugelassen werden können.*

*Will eine ausländische Fachkraft einen Beruf ausüben, der auf der Liste der Mangelberufe angeführt wird, wird eine Rot-Weiß-Rot-Karte beantragt. Das*

*österreichische Arbeitsmarktservice (AMS) überprüft und bewertet in der Folge Ausbildung, Berufserfahrung, Alter und Sprachkenntnisse der Bewerber:innen. Erst dann erhält man, bei entsprechender Qualifikation, eine Rot-Weiß-Rot-Karte und damit ein Arbeitsvisum. Dadurch wird also garantiert, dass gut ausgebildete Personen Zugang zu den Mangelberufen erhalten.*

*Aktuell scheint keiner der elementarpädagogischen Berufe in der bundesweiten Liste der Mangelberufe 2023 auf. Zu finden sind sie nur in regionalen Mangelberuf-Listen in Wien und Salzburg. Wie bereits erwähnt bedeutet das für Graz, dass Absolvent:innen des elementarpädagogischen Kollegs, die nicht über eine österreichische Staatsbürgerschaft verfügen, nach Wien gezogen sind, um dort unter teils noch schlechteren Rahmenbedingungen als in der Steiermark als Elementarpädagog:innen zu arbeiten.*

*Unser Ziel sollte eine bundesweite Vereinheitlichung mit einer damit einhergehenden Qualitätssteigerung sein, wie es elementarpädagogische Berufsverbände und Gewerkschaftsvertreter österreichweit schon seit sehr vielen Jahren fordern. In jedem Fall ist es bitter und ungerecht, wenn Elementarpädagog:innen ihre Entscheidung darüber, wo sie arbeiten wollen, einzig davon abhängig machen müssen, ob sie im jeweiligen Bundesland ein Arbeitsvisum bekommen können oder nicht*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)**

**Der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft wird auf dem Petitionswege aufgefordert, zu prüfen, inwieweit beim Beruf der Elementarpädagogin/des Elementarpädagogen die Kriterien zur Erfüllung der Aufnahme in die bundesweite**

**Liste der Mangelberufe erfüllt sind und ggf. weitere Schritte zu veranlassen, damit eine Aufnahme in die Liste erfolgen kann.**

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es noch Wortmeldungen?

Stadtrat **Hohensinner**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein wichtiges Thema, dem ich zustimme. Ich möchte nur kurz ein paar Bemerkungen machen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Beruf nicht auf der Mangelberufsliste steht, da wir einen eklatanten Mangel an Betreuerinnen und Pädagoginnen haben. Ich hoffe, dass wir mit einem überparteilichen Schulterschluss etwas erreichen können.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Weitere Wortmeldungen? Bitte Kollegin.

Gemeinderätin **Slama**:

Es ist schön, Sie alle wiederzusehen. Grundsätzlich unterstütze ich die Antragstellerin. Die Systematik der Mangelberufsliste erscheint mir nicht nachvollziehbar. Es ist wichtig, dass wir eine Lösung finden, um den Beruf auf die Liste zu bringen. Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Beruf nicht auf der Liste steht, da nur die Stellen gezählt werden, die über das AMS ausgeschrieben werden. Vielleicht können wir mit einer überparteilichen Zusammenarbeit etwas erreichen.

und wer ist eigentlich der größte Träger von Kindergärten? Ja, genau Sie. Das ist einfach nur ein verzerrtes Bild, weil allein, dass wir jede Woche, Entschuldigung, jeden Monat darüber reden, zeigt, dass es ein absoluter Mangelberuf ist, und wir sagen auch nicht, dass das jetzt ist, wie wir die Problematik komplett lösen. Das soll es ja auch nicht sein, aber es ist eine zusätzliche Ressource, die uns sehr helfen könnte, von der wir auch sehen, dass sie in anderen Bundesländern gut funktioniert. Und auch

ehrlicherweise ich selbst als Person, die schon Kolleginnen nach Wien verloren hat, kann nur sagen, hey, das heißt nicht, dass wir sonst nichts mehr machen, es heißt nur, dass wir einen zusätzlichen Schritt noch einlegen, einfach weil er wichtig ist.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Abstimmung über die Dringlichkeit. Dann ist er mehrheitlich gegen KFG angenommen, dann kommen wir zum Hauptantrag. Gibt es weitere Wortmeldungen?

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.***

Gemeinderätin **Naghibi**:

Ich entnehme dem einfach, dass wir uns einig sind, was sehr gut ist, was wirklich dringend notwendig ist, weil das Spielen überlasse ich wirklich sehr gerne den Profis, das sind die Kinder, das sportliche Spiel ist was Feines, das Gesellschaftsspiel ist was Feines, mit dem politischen Spiel kann ich persönlich viel Klinik sammeln und es ist super, dass manche bei der Debatte jetzt sehr gut sachlich geblieben sind.

Ja, ich danke allen, ich möchte das auch noch einmal nutzen und darauf aufmerksam machen, dass, wenn wir diese Petition an den Bund richten, dass wir auch dabei betonen, wie immer, dass sich diese Vereinheitlichung, die wir uns dringend in vielen Bereichen wünschen, nicht zu einer Runternivellierung führen darf, sondern dass dieses Niveau angehoben werden muss. Die Kollegin von mir, die aufgrund dieser Bedienungen nach Wien gezogen ist, arbeitet in einem Kindergarten, in dem die Bedienungen sehr viel schlechter sind als in der Steiermark, hat als Kindergarten keinen Garten, der Grundsaal wird bemängelt, sehr viel weniger Vorbereitungsstunden, also auch das zeigt eigentlich, wie brisant diese Umstände sind und ich danke wirklich allen Parteien für eure Zustimmung, für eure Mitarbeit, ja, hoffentlich in dem Sinne weiter. Danke!

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Dann kommen wir zu Abstimmung über den Antrag, wer ist dafür, dagegen?

Der Antrag ist wieder angenommen.

***Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG)***

## **7.2 Rasche Gehaltsanpassungen für alle Angestellten der GGZ**

**(GR Sissi Potzinger, ÖVP)**

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir kommen zum nächsten Antrag von der ÖVP, zu raschen Gehaltsanpassungen für alle Angestellten der GGZ, Bitte Frau Gemeinderätin Potzinger.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die am Livestream bei uns dabei sind! Ja, was beschäftigt uns heute wieder? Die großen Themen der Betreuung und Pflege am Anfang und Ende des Lebens. Wir haben gerade gehört, im Kinderbetreuungs- und Bildungsbereich immer Personalengpässe, wo wir entsprechende Rahmenbedingungen brauchen, auch finanzielle Ausstattung für das Personal, das unser Herr Staatsrat Hohensinner auch immer wieder betont. Nur wenn es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut geht und sie auch das entsprechende Einkommen haben, können geben und auch die Qualität für unsere Kinder und auch unsere älteren Menschen sicherstellen und das ist uns ganz, ganz wichtig.

Die Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz, Frau Vorsitzende Heinrichs-Nick, bieten eine große Palette an Leistungen. In den letzten 20 Jahren hat sich hier Unglaubliches entwickelt. Wir sind von einfachem Haus zum hochspezialisierten Anbieter im Bereich Geriatrie geworden, Akutgeriatrie, bis zur Wachkomastrategie, Mobilitätsangebote, Angebote für pflegende Angehörige, usw. Es passiert viel Großartiges, aber es gibt im Personal kritische Stimmen, und zwar in welche Richtung

Sie fühlen sich oder befürchten, ungleich behandelt zu werden, finanziell zum Beispiel im Vergleich mit Krankenhausmitarbeiterinnen und wie im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich, auch im Pflegebereich haben wir die gleiche Situation. Es gibt eklatanten Personalmangel, deshalb müssen wir alles tun, um die wertvollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unsere Einrichtungen und natürlich unsere eigenen Geriatrischen Gesundheitszentren des Stadtrats zu binden. Das hat natürlich nicht nur mit Geld zu tun, sondern auch mit Wertschätzung und entsprechender personeller Ausstattung, dass es nicht zu permanenten Überforderungen infolge von Personalmangel kommen kann. Gott sei Dank haben wir derzeit noch gute Arbeitsbedingungen in der GZ, die sollen aber auch als solche erhalten bleiben.

Lieber Herr Finanzvertrager, ich habe schon sehr bedauert, dass zum Beispiel das Stück Tiefgarage in Wien gezahlt, nicht bewilligt werden konnte aus finanziellen Gründen. Das wäre nämlich ein großes Gut für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gerade im Sinne der Sicherheit. Jetzt werden die Tage kürzer, es wird früher finster und es ist für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von auswärts kommen, natürlich auch aus entlegenen Gegenden auch mit dem Auto kommen, wäre es ein großer Vorteil, wenn sie eine Garage hätten, aus der sie dann sicher zum Arbeitsplatz kommen können.

Aber jetzt einmal der Blick auf die Finanzen. In meinem Dringlichen geht es ja um Gehaltsanpassungen für alle Angestellten der GGZ, möglichst rasch, um für gleichwertige Leistungen tatsächlich in allen Bereichen der GGZ auch gleichwertige Entlohnung abzusichern. Das Land Steiermark hat erfreulicherweise ein beachtliches Gehaltspaket in der Höhe von 130 Millionen Euro für in der Pflege Tätige und Ärzte (KAGES-Bereich) geschnürt – so ein Paket hat es in dieser Form noch nie gegeben! Für die an der Medizinischen Universität Graz angestellten Ärzte hat Bundesminister Martin Polaschek weitere 6,5 Millionen Euro zugesichert. Dadurch können die vorgesehenen Gehaltserhöhungen finanziert werden. Auch nicht zuletzt, aber nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz und der GGZ profitieren davon, sofern sie in Bereichen arbeiten, zu deren Finanzierung das Land Steiermark beiträgt. Für die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel auch als Zeichen der Wertschätzung hat der Herr



Betriebstättenstadtrat und der Herr Finanzstadtrat zu sorgen, deshalb unser Appell, hier wirklich sehr rasch aktiv zu werden.

Unsere GGZ sind stolz auf die Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz, sie haben einen exzellenten Ruf, sind europäisch, international und mehrfach ausgezeichnet worden, sind auch familiär betrieben und viele andere Güter sind hier und sie geboten. Es gibt großartige, kompetente und sichtliche Geschäftsführungen, die wir gut kennen, aber vor allem auch den guten Geist, in der GGZ gute Zusammenarbeit auch mit den Vertreterinnen der Personalvertretung, dass man wirklich schaut, dass es unseren Mitarbeiterinnen gut geht, damit sie auch gut da sein können, für die sie ihnen anvertrauten, hochbetagten Menschen

Die letzten Jahre waren wirklich sehr herausfordernd. Die COVID-Pandemie hat dem Personal sehr viel abverlangt. Wir haben als Verwaltungsratsmitglieder der GGZ selbst erlebt und sind betroffen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben wirklich Großartiges geleistet und tun dies weiterhin. Sie erbringen ihre Dienste unermüdlich rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr, um den Bedürftigen bestmögliche Hilfe zu bieten. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen ist vorbildlich. Hochspezialisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich vorbildlich um ältere Menschen. Kürzlich ist uns wieder etwas Schönes gelungen. Ein Haus wurde nach skandinavischem Vorbild errichtet, was ein großer Erfolg ist. Herr Stadtrat konnte sich selbst davon überzeugen und wir sind stolz darauf, gemeinsam mit unserem hochkompetenten Team, die Dienstleistungen nach dem Reformkorps-Prinzip anbieten zu können. Hier können alle Angelegenheiten an einem Ort gelöst werden und es gibt auch kompetente Beratung. Wir möchten als Grazer Volkspartei sicherstellen, dass die Angestellten der GGZ im Vergleich zu anderen Einrichtungen angemessen entlohnt werden, sowohl untereinander als auch im Vergleich zu Tageseinrichtungen. Deshalb sind entsprechende Gehaltserhöhungen dringend erforderlich. Wir dürfen keine Mitarbeiter an andere Einrichtungen verlieren. Meine Kollegin Eva Derler wird dazu noch aus ihren persönlichen Berufserfahrungen sprechen. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**DRINGLICHEN ANTRAG:**

Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer und Finanzstadtrat Manfred Eber werden aufgefordert, gemeinsam zu prüfen, wie ehebaldigst entsprechende Gehaltsanpassungen für alle Angestellten der GGZ sichergestellt werden können, und dem Gemeinderat bis zur kommenden Sitzung einen Bericht darüber vorzulegen

**Originaltext des Antrages:**

*Das Land Steiermark hat erfreulicherweise ein beachtliches Gehaltspaket in der Höhe von 130 Millionen Euro für in der Pflege Tätige und Ärzte (KAGES-Bereich) geschnürt – so ein Paket hat es in dieser Form noch nie gegeben! Für die an der Medizinischen Universität Graz angestellten Ärzte hat Bundesminister Martin Polaschek weitere 6,5 Millionen Euro zugesichert. Dadurch können die vorgesehenen Gehaltserhöhungen finanziert werden.*

*Auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz (GGZ) profitieren davon, sofern sie in Bereichen arbeiten, zu deren Finanzierung das Land Steiermark beiträgt.*

*GGZ-Teams, die in jenen Bereichen tätig sind, die ausschließlich der Stadt Graz obliegen, müssen unbedingt gehaltsmäßig gleichgestellt werden. Für die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel als Zeichen der Wertschätzung hat der Gesundheitsstadtrat in Kooperation mit dem Finanzstadtrat zu sorgen.*

*Seit vielen Jahren haben die GGZ einen exzellenten Ruf und sind mehrfach – auch europaweit und international – ausgezeichnet worden. Dank der überaus kompetenten und umsichtigen Geschäftsführung und guter Teamarbeit sind die GGZ ein hervorragender Arbeitgeber und tragen auch das staatliche Gütesiegel „Familienfreundlicher Betrieb“. Die letzten Jahre waren sehr herausfordernd. Die COVID-Pandemie hat dem Personal sehr viel abverlangt. Die Mitarbeiter:innen haben wirklich Großartiges geleistet und tun dies weiterhin. Sie vollbringen bei Tag und Nacht unverzichtbare Dienste. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Grazer Spitälern klappt*

*hervorragend. Hochspezialisierte Mitarbeiter:innen der GGZ kümmern sich vorbildlich um die älteren Patient:innen.*

*Mit dem „Haus Esther“ ist ein weiterer bürgerfreundlicher Meilenstein gesetzt worden. Angestellte der GGZ dürfen im Vergleich zu anderen keinesfalls „Mitarbeiter:innen 2. Klasse“ werden. Deshalb sind entsprechende Gehaltsanpassungen ein Gebot der Stunde – wir dürfen niemanden an andere Einrichtungen verlieren!*

*Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

**DRINGLICHEN ANTRAG:**

***Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer und Finanzstadtrat Manfred Eber werden aufgefordert, gemeinsam zu prüfen, wie ehe baldigst entsprechende Gehaltsanpassungen für alle Angestellten der GGZ sichergestellt werden können, und dem Gemeinderat bis zur kommenden Sitzung einen Bericht darüber vorzulegen.***

***Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich bitte nun Herrn Stadtrat Robert Krotzer um das Wort.

Gemeinderat **Krotzer**:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderats, liebe Antragstellerin!  
Es ist richtig, wie du sagst, dass die Landesregierung nun erstmals seit 2015 das Gehaltsschema verbessert hat. Dies geschah aufgrund des enormen Drucks seitens der Beschäftigten und der Bevölkerung, und die Landesregierung hat endlich reagiert. Die Ankündigung erfolgte im Juni dieses Jahres, der Beschluss wurde Ende August in der Landesregierung gefasst, und am 6. Juli, während der letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause, fand eine erste Verhandlungsrunde statt. An dieser ersten Verhandlungsrunde nahmen Dr. Hartinger und Karina Hörting von der GGZ, Kollege

Demschner von der Personalvertretung, Finanzdirektor Johannes Müller, Finanzstaatsleiter Manfred Eber und ich teil. Bevor wir jedoch weitere Verhandlungen führen konnten, benötigten wir konkrete Zahlen, die jedoch vor Ende August nicht vorlagen, bevor der Regierungsbeschluss gefasst wurde. Seit diesem Regierungsbeschluss vor vier Wochen arbeiten die Kolleginnen und Kollegen der GGZ mit Hochdruck daran, die Gehaltsanpassungen für die verschiedenen Berufsgruppen zu berechnen. Dies ist keine einfache Aufgabe, da die Berechnungen umfangreich sind. Am Montag werden uns wahrscheinlich die ersten Ergebnisse präsentiert und wir werden anschließend weitere Verhandlungen mit dem Finanzstaatsrat und der Finanzdirektion führen. Es besteht also keine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit, aber du hast Recht, das Thema ist dringlich, und deshalb werden wir der Dringlichkeit zustimmen. Mir ist es auch wichtig anzumerken, dass es seit 2015 die erste Verbesserung seitens des Landes gab. In den letzten anderthalb Jahren konnten wir dank der GGC in kontinuierlicher Zusammenarbeit bereits vieles erreichen. Zum Beispiel die Einführung einer Zulage für die Springer-Dienste in Höhe von 500 Euro pro Monat, die Gehaltsanpassung in den Pflegewohnheimen, die einer diplomierten Pflegekraft zusätzlich 175 Euro und einer Heimhilfe 100 Euro pro Monat bringt. Die Ausweitung der teuren Prämie, bei der diese nun alle fünf Jahre anstatt erst nach 25 oder 40 Jahren gezahlt wird und die du uns dankenswerterweise bei der Landesregierung unterstützt hast, wurde beschlossen und kann rückwirkend ab dem 1. Juli 2023 ausgezahlt werden. Wir haben auch das Stationsassistenten-Programm eingeführt, ein Pilotmodell zur Entlastung der Pflegekräfte, sowie viele weitere Maßnahmen, die das Team der GGZ erarbeitet hat, um die Arbeitsbedingungen kontinuierlich zu verbessern. Ich möchte nur das Mentoring-Projekt und den Nurse Info Day nennen. Wir hatten gehofft, diese Informationen früher zu erhalten. Wir haben auch einen gemeinsamen Brief geschrieben, um die Informationen früher zu erhalten, aber das hat leider nicht funktioniert. Wir werden jedoch die nötigen Maßnahmen ergreifen, um zeitnah eine angemessene Gehaltserhöhung für die Beschäftigten bei der GGZ zu erreichen. Juli, haben wir im Büro der Landesrätin eine Rückmeldung bekommen. Diplomatisch ausgedrückt, soll das Thema auf Büroebene

besprochen werden. Wir wissen alle, was das bedeutet. Wir hoffen dennoch, dass etwas passiert und das Land uns hierbei unterstützt. Es soll keine Lücke zwischen den KAGES und den Pflegeheimen bzw. Mobilien-Diensten entstehen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Potzinger möchten sie noch etwas sagen.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Lieber Herr Stadtrat, vielen Dank für die Ausführungen. Wir wollen alle überparteilich an einem Strang ziehen. Es ist erfreulich, dass das Land jetzt viel Geld zur Verfügung stellt. Es wird jedoch nicht gelingen, die Gehaltsanpassungen wirklich bedarfsdeckend durchzuführen, auch ohne finanzielle Hilfe der Stadt Graz. Eine gemeinsame Kraftanstrengung wird notwendig sein. Es ist schön zu sehen, dass der Herr Finanzdoktor auch berücksichtigt, dass wir Geld vom Land bekommen, aber wir auch einen eigenen Beitrag leisten müssen. Uns liegen alle Bürgerinnen und Bürger am Herzen, von den Kleinsten bis zu den Ältesten. Sie sollen in Würde altern und alle notwendige Hilfe bekommen, die sie benötigen.

Dankenswerterweise haben wir jetzt von der Bundesseite her ein Modell, bei dem in den Seniorenheimen Pflegegeld und 80% der Pension ausreichen, um den Pflegeplatz zu finanzieren. Die Angehörigen müssen nicht mehr einspringen. Es hat viele Verbesserungen gegeben, aber jetzt ist es wichtig, neben wertschätzenden und administrativ entlastenden Maßnahmen auch finanziell beizutragen, um sicherzustellen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch finanziell zufrieden sind und uns erhalten bleiben. Ich bitte um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, genau so soll es sein. Wer stimmt der Dringlichkeit zu? Die Dringlichkeit ist einstimmig angenommen.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum Inhalt des Antrags. Wer wünscht das Wort, Frau Gemeinderätin Heinrichs.

Gemeinderätin **Heinrichs**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Sissi, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss und dem Verwaltungsausschuss! Ich werde mich ein bisschen überschneiden mit den Worten von Herrn Stadtrat Krotzer. Die Tagesordnung, die Sie bereits gehört haben, ändert ab dem 1. September 2023 erstmals das Gehaltsschema. Darauf reagiert man auf den Druck der Beschäftigten und der Bevölkerung. Ich betone das deshalb so nachdrücklich, weil wir 12500 Unterschriften gesammelt und übergeben haben. Wir hatten mehrere Termine mit der Landesrätin, nach denen es eine große Veranstaltung gab. Ich war 40 Jahre im KAGES Dienst und habe so eine Veranstaltung noch nie erlebt. Ich kann mich nicht mehr genau an das Datum erinnern, aber es war eine riesengroße Veranstaltung in einem großen Hörsaal in der Neuen Risstrasse. Es kamen unglaublich viele Leute aus der KAGES. So etwas habe ich in 40 Jahren nicht erlebt. Die Veranstaltung war massiv, der Stadtrat war auch dabei. Man musste weitere Hörsäle öffnen, da der große Hörsaal nicht ausgereicht hat. Es wurde auch über einen Live-Screen übertragen. Die Proteste, besonders von hochrangigen Ärzten, haben sicher dazu beigetragen, dass solche großen Beträge bewilligt wurden, die hoffentlich helfen werden. Es ist bekannt, dass auch Herr Rektor Samonig immer deutlicher kritisiert wird. Wenn man Zeitungen aufschlägt, liest man nur noch über diese Themen, ob es um Psyche oder um Pflege geht. Es wurden auch verschiedene Verbesserungen der Arbeitsbedingungen beschlossen, nicht nur die Geldausschüttungen, die Sie erwähnt haben, sondern auch andere Maßnahmen, die bereits in den Grazer geriatrischen Zentren umgesetzt wurden. Die Stadt Graz ist sich der Verantwortung bewusst und der großen Herausforderung, die in der Zukunft in Bezug auf die Arbeit mit pflegebedürftigen Menschen notwendig sind. Daher haben wir bereits am 6. Juli über diese Briefe dem Stadtrat berichtet. Im Juli wurde ein Newsletter an alle Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter bei GGZ verschickt, um sie über die bereits erfolgten Gehaltsanpassungen der KAGES und die Notwendigkeit einer Reaktion seitens der Stadt zu informieren. Die Gehaltsanpassungen müssen bis zum 1.1.2024 umgesetzt werden, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Es wurden bereits erste Gespräche zwischen den Führungskräften der Stadtregierung, dem Herrn Stadtrat und der Finanzdirektion geführt, und im August wurden Details veröffentlicht. Leider lösen die Teillösungen der einseitigen Fondsfinanzierung der verbesserten Gehälter den Personalmangel nicht. Alle Bereiche der GGZ, die ihren öffentlichen Versorgungsauftrag erfüllen müssen, müssen daher bei der finanziellen Abfederung der Gehaltsanpassungen berücksichtigt werden. Die zuständige Landesregierung wird aufgefordert, die Gesamtverantwortung zu übernehmen, um die Auswirkungen des KAGES Gehaltsschemas für die GGZ und die Beschäftigten in allen Bereichen zu mildern. Die KPÖ stellt einen

**Änderungsantrag:**

Der Dringliche Antrag der ÖVP „Rasche Gehaltsanpassungen für alle Angestellten der GGZ“ wird wie folgt abgeändert:

Die zuständige Landesrätin wird ersucht, Möglichkeiten zu prüfen, die Geriatrischen Gesundheitszentren vollumfänglich in der Erfüllung der systemrelevanten Aufgaben zu unterstützen, um eine Schieflage durch nur teilweise Abgeltung der Gehaltsanpassungen in den GGZ zu vermeiden.

***Originaltext des Änderungsantrags:***

*Der Dringliche Antrag der ÖVP „Rasche Gehaltsanpassungen für alle Angestellten der GGZ“ wird wie folgt abgeändert:*

*Die zuständige Landesrätin wird ersucht, Möglichkeiten zu prüfen, die Geriatrischen Gesundheitszentren vollumfänglich in der Erfüllung der systemrelevanten Aufgaben zu unterstützen, um eine Schieflage durch nur teilweise Abgeltung der Gehaltsanpassungen in den GGZ zu vermeiden.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte Frau Derler.

Gemeinderätin **Derler**:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine finanzielle Abgeltung für die verbesserten Gehälter von großer Bedeutung ist, da die Arbeitsbelastung hoch ist und sich die Generation verändert hat. Es wird Bedauern darüber ausgedrückt, dass die Gesundheitsstaatsrätin keinen Zusatzantrag gestellt hat, um gemeinsam mit der Sissi an dem wichtigen Thema zu arbeiten. Es wird betont, dass die finanzielle Abgeltung ein Thema von großer Bedeutung ist. Der Änderungsantrag der ÖVP wird kritisiert, da die Verantwortung auf die Stadt abgewälzt wird. Es wird angemerkt, dass die KAGES-Mitarbeiter aufgrund ihres Standorts in Graz nicht automatisch von der Stadt finanziert werden sollten. Es wird nochmals betont, dass die finanzielle Abgeltung wichtig ist und dass die Ablehnung des Änderungsantrags nicht nachvollziehbar ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte, Herr Stadtrat Krotzer!

Stadtrat **Krotzer**:

Nochmal zur Erklärung: Die Landesregierung hat hier eine Insellösung gemacht für die KAGES unter sehr, sehr viel Druck, wir haben es gehört von den Beschäftigten und auch aus der Bevölkerung. Was die Landesregierung dabei nicht mitbedacht hat, ist sozusagen die viel größere Landschaft, die unter anderem 230 Pflegewohnheime in der Steiermark beinhaltet, die die mobilen Dienste beinhaltet. Wenn wir jetzt nur in einer dieser Säulen das finanziell stärken, entsteht eine Sogwirkung aus dem Pflegewohnheimbereich in die Spitäler. Dann haben wir das Problem, dass wir diese Versorgungskrise, die es in den Spitälern bei KAGES leider schon gibt, dann sozusagen auch noch einmal ergänzt haben in den Pflegewohnheimen.



Deswegen kann eine Landesregierung, oder muss eine Landesregierung, natürlich alle Bereiche im Blick haben und deswegen reicht sozusagen das KAGES Modell alleine nicht.

Was bedeutet das für uns in den GGZ? Wir haben die Albert-Schweizer-Klinik, die eben fondsfinanziert ist oder viele fondsfinanzierte Bereiche hat, die aber auch einen Bereich hat, der sozusagen aus dem Sozialhilfegesetz finanziert wird und wir haben die Pflegewohnheime. Das bedeutet, wir haben eine mündliche Zusage, ich glaube, es gibt es auch noch nicht in schriftlicher Form, dass in der Fondsfinanzierung diese Tagesgehaltstabelle abgegolten wird. Das betrifft nicht nur uns, sondern auch die Elisabethinen, die Herzigen Brüder etc., alle, die Spitalbetreiber sind.

Wir haben diese Zusage allerdings nicht für all die Bereiche, die noch dem SAG abgerechnet werden. Und diese Zusage haben weder wir noch die Caritas, die Volkshilfe oder auch die privaten Trägerorganisationen. In diesem Bereich gibt es natürlich auch gravierende Missstände und natürlich auch eine gravierende Missstimmung. Weil natürlich jetzt, ob das bei der Caritas oder bei der Volkshilfe oder auch dem Hilfswerk, jetzt natürlich sagen, super danke, jetzt geht uns sozusagen das Personal weg im Spitalsbereich.

Also wir haben es hier einfach mit einer gewissen Lochauflauf Lochzugpolitik zu tun und deswegen unser Appell und deswegen auch der Änderungsantrag und der Appell an die Landesrätin konkret oder personifiziert, aber auch an die Landesregierung zu sagen: Spitalsbereich, Tagesbereich ist eine wichtige Säule, aber wir haben mehrere und wir müssen alle mitbedenken und das hilft uns dann auch in der Stadt.

Aber ja, selbstverständlich, so wie im letzten Gehaltspaket letztes Jahr, wo wir viele oder etliche Hunderttausend Euro in die Hand genommen haben als Stadt, um das zu finanzieren, werden wir auch schauen, was unser Beitrag ist. Aber wir hoffen, dass wir hier auch Kostensätze durch das Land bekommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Hohensinner bitte.

Stadtrat **Hohensinner**:

Die KPÖ hat eine weitere Redeminute bekommen die euch gar nicht zugestanden wäre und vorher hat auch ein Gemeinderätin geredet. Aber ihr habt auch lange zugehört, aus meiner Sicht ist es eine unglaubliche Ignoranz der Eigenverantwortung.

Weil es so ist, dass Gott sei Dank hier ein Schulterschluss stattfindet, dass wir sagen, Gesundheit braucht eine bessere Bezahlung. Gott sei Dank sind wir so weit. Jetzt haben wir verschiedene Aufgaben. Die Eva Derler hat das auch super ausgeführt, es gibt die KAGES, es gibt die MedUni und es gibt die Geriatrischen Gesundheitszentren. Juliane Bogner-Straß ist ihrer Verantwortung nachgekommen, sie hat rund ein Paket mit 130 Millionen Euro beschließen lassen, der Bund ist der Verantwortung nachgekommen mit 6,5 Millionen Euro und jetzt erzählst du uns lang und breit, dass ihr eh schon lange in Verhandlungen seid, ja? Und jetzt kommt: Was spricht dagegen, dass ihr euer Anliegen, was ich nicht ganz nachvollziehen kann, Juliane Bogner-Straß ist ihrer Verantwortung nachkommen, was spricht dagegen, dass Ihr unseren Antrag jetzt einfach so unterstützt, das ist ja auch indirekt für Dich, für deine Budgetverhandlungen mit Manfred eine Unterstützung und euren Antrag dann als Zusatzantrag einbringt. Also ich kann es wirklich nicht nachvollziehen, es ist ein parteipolitischer Winkelzug, eine Ignorierung der Verantwortung. Man sieht ja, die SPÖ fühlt sich ja nicht wohl, die ist jetzt im Raum auch nicht sehr stark vertreten.

Aus meiner Sicht, nach zwei Jahren Linkskoalition, müssen sie endlich einmal Eigenverantwortung übernehmen. Dieses Wegschieben der Verantwortung, das geht nach zwei Jahren nicht mehr durch, lieber Robert, lieber Manfred, lieber Elke. Also das geht sich nicht mehr aus und ihr habt wirklich in uns Unterstützer und es war ein dringlicher Antrag, wenn man den durchliest, da war überhaupt keine Parteipolitik oder eine Polemik enthalten, da ist es uns um die Sache gegangen und was macht ihr, ihr schiebt es Richtung Land, ihr schiebt es Richtung Landesrätin, die ihrer Verantwortung bereits nachgekommen ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das jeder Fraktion zwei Wortmeldungen zustellt, das wollte ich nur noch einmal, falls irgendwer da eine Irritation aufgetreten ist. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn dies nicht der Fall ist, dann ich die Antragstellerin am Schlusswort.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Ganz kurz, der Herr Stadtrat Hohensinner hat schon das Wesentliche gesagt, ich möchte nur noch einmal einen Vergleich ziehen mit der Betreuung der kleinsten Mitbürger und der Hochbedachten. Seit Jahren haben wir in Graz sozial gestaffelte Elternbeiträge in den Kinderrippen und da ist die Stadt Graz in Vorleistung getreten, weil es dem Herrn Stadtrat wichtig war, dass alle Eltern sich die Kinderrippe leisten können.

Jetzt sind wir so weit, dass das Land die Kosten für die Sozialstaffel übernimmt, sind wir froh, dadurch haben wir andere Investitionsmöglichkeiten, hoffentlich bleibt das Geld im Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsbereich. Aber wesentlich ist, wir brauchen die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, und die Stadt muss eben auch Geld in die Hand nehmen, damit wir nicht zu einem Versorgungsnotstand in der GGZ kommen.

Herr Stadtrat, du weißt, wir haben jetzt schon Pflegebetten und sogar Pflegestationen in die GGZ schließen müssen, weil wir zu wenig Personal haben. Also, neben guten Arbeitsbedingungen und Wertschätzung brauchen wir die finanzielle Sicherheit, und da ist jetzt wirklich Feuer am Dach. Deshalb bitte zuerst einmal mit der städtischen, Finanzspritze löschen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Abstimmung über den Abänderungsantrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Heinrichs. Wer diesem Antrag zustimmt, bietet ich um ein Zeichen, somit ist der Änderungsantrag angenommen mit 18 pro und 16 kontra Stimmen angenommen.

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Lohr) angenommen.***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Um das Wort gebeten hat Frau Hopper.

Gemeinderätin **Hopper**:

Vielen Dank für die Möglichkeit, ganz kurz dazu zu sagen, nur zur Erklärung: Die Diskussion wurde zuvor angerissen. Es geht mir nicht ab, dass es in der Vergangenheit so war, dass wenn ein Gemeinderat oder ein Mandatar, Mandatarin etwas länger gesprochen hat, was ja bei sehr leidenschaftlichen Themen immer wieder der Fall ist, dass man quasi auf die zweite Wortmeldung des Clubs dann verzichtet hat, wenn man quasi das Zeitkontingent schon gebraucht hat, dass er sich gemeint hat und nur anmerken wollte, weil das kurz für Verwirrung gesorgt hat.

Das ist aber nicht der eigentliche Grund, wieso ich hier war, das wollte ich nur kurz klarstellen. An dieser Stelle wäre eigentlich der zweite dringliche Antrag gestanden. Gestern gab es eine Verwirrung im Hinblick auf die zulässigen Anträge. Es fehlten einige Anträge, die eigentlich dabei sein sollten. Es ist wichtig, dass wir uns als Clubleute zusammensetzen und die Geschäftsordnung und Vorgaben für die dringlichen Anträge besprechen. Es gab Veränderungen bei verschiedenen Anträgen. Bitte, besonders die der Koalition, lasst uns zusammensetzen und gemeinsam mit dem Herrn Magistratspräsidenten Herrn Schmalenberg besprechen, an welche konkreten Regelungen wir uns halten sollen, um Diskussionen zu vermeiden. Danke für die Möglichkeit.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich das gut finde, dass die Grüppchen zusammensetzen und Regelungen finden sollten, um das Prozedere für die Vorsitzende zu erleichtern. Als nächster Redner folgt Herr Gemeinderat Pointner.

Bitte bleiben Sie bei der Geschäftsordnung.

Gemeinderat **Pointner**:

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Redezeitbeschränkung im Rahmen der Dringlichkeit nur zur Dringlichkeit und nicht zur Sache diskutiert werden darf.

Clubobmann **Weber**:

Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber jetzt doch. Bitte, liebe Kollegen und Kolleginnen, sprechen Sie zur Dringlichkeit nur, wenn Sie auch die sachliche Begründung für die Dringlichkeit nennen. Sprechen Sie nicht nur zur Dringlichkeit, sondern auch zur Sache. Bitte, halten Sie sich an die Geschäftsordnung.

Ich möchte daran erinnern, dass es ein Commitment mit den Klubobleuten gibt, diese Grenzen einzuhalten. Vielen Dank.

Gemeinderätin **Hopper**:

Mir ist das bewusst das wir uns in unseren Fraktionen an die Commitments halten und es Absprachen zwischen den Klubobleuten gibt. Das wir uns selbst diese Grenzen aufsetzen. Ich möchte mich auch bei der Bürgermeisterin bedanken die das Unterstützt. Diese auch entsprechend einzuhalten.

Bitte, tun Sie nicht so, als wären diese Regelungen frei erfunden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es gibt den Vorschlag, dass Herr Karl Dreisiebner den dringlichen Antrag zur Baustellenförderung für Grazer Betriebe und die Reform der Richtlinie gemeinsam mit Herrn Clubobmann Winter diskutiert. Bitte, zuerst Herr Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner**

Das Letzte, was wir besprochen haben, verschieben wir ans Ende der dringlichen Anträge. Wir machen den Rest der Reihenfolge durch und fangen dann mit Herrn Winter an.

### **7.3 Petition an den Steiermärkischen Landtag hinsichtlich landesgesetzlicher Bestimmungen zur Erstellung von Bebauungsplänen**

**(GM Alexandra Würz-Stadler, Grüne)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Der nächste dringliche Antrag von den Grünen wird von Frau Gemeinderätin Alexandra Würz-Stadler eingebracht.

Gemeinderätin **Würz-Stadler**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kollegen und Kolleginnen und werte Zuseherinnen. Ich darf nun seit ein Dreiviertel Jahren mich wie immer, allmonatlich fast eingehend mit Bebauungsplänen beschäftigen.

Bebauungspläne sind das detaillierteste Planungsinstrument einer Gemeinde, um gestalterische Qualitäten im Stadtraum sowie die Nutzung und Gestaltung von Grundstücksflächen zu regeln. Sie sind als Verordnung strengen rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen unterworfen.

Dabei geht es um die Klärung der Grundeigentümerschaft, die Rechte und Ansprüche, sowie die raumordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen, die in Konzepten wie dem Stadtentwicklungskonzept, der Flächenwidmungsplanung oder dem räumlichen Leitbild formuliert sind.

Das Verfahren zur Erstellung von Bebauungsplänen ist sehr komplex, vor allem in bereits bebauten und dicht besiedelten Gebieten. Aus Qualitätssicherungsgründen ist die Zusammenarbeit und Einbeziehung verschiedener Abteilungen der Stadt Graz und des Magistrats, wie z.B. der Verkehrsplanung, der Grünraumplanung und dem Amt für Umwelt nötig. Auch Abteilungen des Landes Steiermark sowie Institutionen wie die ASVK sind beteiligt. Bei Aufschließungsgebieten erhöht sich die Komplexität, da Gutachten zu Themen wie Hochwasserschutz, Lärm und Emissionsschutz, sowie klimatologische Aspekte und das Klimainformationssystem KIS zur Sicherung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung benötigt werden.

Bebauungspläne haben vor allem vor dem Hintergrund der städtischen Entwicklung das öffentliche Interesse an hochwertigem Stadtraum erhöht. Es geht um die Sicherung einer hohen Lebensqualität für Bürgerinnen jeden Alters, die inklusive Gestaltung des Stadtraums, die Bereitstellung von Naherholungsräumen und die Sicherstellung von Grünflächen zur Klimaanpassung. In diesem Zusammenhang werden Bürgerinnen zunehmend in den Planungsprozess einbezogen. Diese Beteiligungsprozesse brauchen Zeit und erfordern eine umfangreiche Informations- und Diskussionsphase mit Anrainerinnen und interessierten Bürgerinnen. Besonders hervorzuheben ist, dass die Aufgabe auch darin bestehe, einen breiten politischen Konsens zu finden, um Bebauungspläne zu beschließen. Es gibt drei Ansätze, um die komplexe Struktur und Entstehung von Bebauungsplänen zu entflechten und zu klären.

Zunächst sind die Vorfragen, die vor Beginn der Fristsetzung und Antragstellung zu klären sind, kaum definiert. Es sollte festgelegt werden, dass die Antragstellung erst möglich ist, wenn diese Vorfragen geklärt sind. Die Antragstellung ist dann auf 18 Monate befristet.

Dann gibt es die Frage der Form der Fristsetzung. Derzeit bezieht sich die Fristsetzung auf den Abschluss des Verfahrens, was rechtlich problematisch erscheint, da dieser Abschluss positive Gremialbeschlüsse erfordert. Man könnte die Fristsetzung ändern, sodass die Tätigwerdung der Behörde einer Fristsetzung unterliegt und somit ein angemessener Zeitrahmen für das Verfahren festgelegt ist.

Schließlich sollte auch der Bauwerberin ein Gewicht beigemessen werden. Sie haben das Recht auf Erlassung eines Bebauungsplans, jedoch keine klar definierten Mitwirkungspflichten im Antragsverfahren. Dies kann zu aufwändigen und zeitverzögernden Verfahren führen, wenn sich die Anforderungen hinsichtlich Nutzungsvorstellungen ändern. Eine Präzisierung und Überarbeitung der relevanten landesgesetzlichen Bestimmungen sind daher aus meiner Sicht und die der Grünen notwendig, um diesen Herausforderungen besser gerecht zu werden.

Der Grüne Gemeinderatsklub ALG stellt daher einen

**DRINGLICHEN ANTRAG**

an den Gemeinderat der Stadt Graz, die entsprechenden landesgesetzlichen Grundlagen zu ändern, um die Erstellung von Bebauungsplänen in einem transparenten und gut handhabbaren Verfahren zu gewährleisten. Insbesondere sollten die Konkretisierung der Vorfragen, die Verankerung einer angemessenen Mitwirkungspflicht der Bauwerberinnen und die Neuregelung der Fristsetzung im Sinne des Motiven Berichts berücksichtigt werden. Ich bin gespannt auf die Diskussion und freue mich über Zustimmung

**Originaltext des Antrages:**

*Das Steiermärkische Raumordnungsgesetz legt in § 40 Ziffer 8 folgende Bestimmung bzw. Fristsetzung für die Erstellung eines Bebauungsplans fest:*

*Für die Teile des Baulandes und jene Sondernutzungen im Freiland, für die gemäß § 26 Abs. 4 Bebauungspläne zu erlassen sind, haben die Gemeinden spätestens im Anlassfall (z. B. Ansuchen um Erstellung eines Bebauungsplanes nach erfolgter Abklärung aller Vorfragen) Bebauungspläne zu erstellen. Dabei ist das Verfahren zur Erstellung oder Änderung der Bebauungspläne unverzüglich nach Eintreten des Anlassfalles einzuleiten und spätestens innerhalb von 18 Monaten abzuschließen.*

*Bebauungspläne sind das detaillierteste Planungsinstrument einer Gemeinde, um gestalterische Qualitäten hinsichtlich des Stadtraums, der Nutzung und der Gestaltung von Grundstücksflächen festzulegen. Als Verordnung unterliegt ein Bebauungsplan dabei grundlegend rechtlichen Rahmenbedingungen, wie die Klärung der Grundeigentümerschaft und den damit verbundenen Ansprüchen sowie den raumordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen, wie sie sowohl im Stadtentwicklungskonzept als auch im Flächenwidmungsplan und im räumlichen Leitbild definiert sind.*



*Das Verfahren zur Erstellung eines Bebauungsplans ist in jedem Fall ein sehr komplexes Verfahren. Die Erstellung von Bebauungsplänen in bereits bebauten oder dicht besiedelten Orts- und Stadtgebieten erhöht diese Komplexität oftmals noch zusätzlich. Aus Gründen der gestalterischen aber auch rechtlichen Qualitätssicherung sind neben dem Stadtplanungsamt mehrere städtische Abteilungen, wie jene für Verkehrsplanung, für Grünraumplanung und das Umweltamt der Stadt Graz, darüber hinaus aber auch Abteilungen des Landes Steiermark, fachlich einzubinden.*

*Geht es um Aufschließungsgebiete, kommen Gutachten wie z.B. zum Hochwasserschutz, zu Oberflächenwässern, zum Lärm- und Emissionsschutz hinzu. Hervorzuheben ist hierbei auch die zunehmende Bedeutung klimatologischer Expertise und die Einbeziehung des Klima-Informationssystems (KIS) zur Sicherung von Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Erstellung eines Bebauungsplanes. Bebauungspläne haben vor dem Hintergrund städtischer Entwicklung verstärkt das öffentliche Interesse an hochwertigem Stadtraum zu gewährleisten: die Sicherung einer hohen Aufenthaltsqualität für Bürger:innen jeden Alters, eine inklusive Stadtraumgestaltung, das Lebensumfeld als Naherholungsraum, die Sicherstellung von Grünraum zur Klimaanpassung – das alles sind Themen mit hoher Relevanz und großem Diskussionsbedarf in der komplexen Planung von Stadtraum.*

*Auch die Partizipation von Bürger:innen ist ein wesentlicher und zunehmend auch genutzter Bestandteil des Verfahrens zur Erstellung von Bebauungsplänen. Gerade diese Beteiligungsprozesse brauchen viel Zeit, nimmt man die Information und Diskussion von und mit Anrainer:innen und Bürger:innen ernst. Zu guter Letzt stellt sich die Aufgabe, einen möglichst breiten politischen Konsens herzustellen, um einen Bebauungsplan im Gemeinderat beschließen und vor den Stakeholdern, den Bauwerber:innen und der Bevölkerung gut vertreten zu können.*

*Erschwerend kommt hinzu, dass das Raumordnungsgesetz keine genauere Definition dessen vornimmt, was unter jenen, in § 40 Ziffer 8 angeführten, Vorfragen zu verstehen*

*ist. Dies ist jedoch insofern von entscheidender Bedeutung, da die Vorfragen im Vorfeld einer Antragstellung zu klären sind. Ab Antragstellung beginnt dann die Frist von 18 Monaten für den Abschluss des Verfahrens zu laufen.*

*Auch die Frage der Form der Fristsetzung ist zu diskutieren. Derzeit bezieht sich die Fristsetzung laut ROG auf den Abschluss des Verfahrens, was rechtlich problematisch erscheint, da dieser einen positiven Gremialbeschluss voraussetzt. Eine Möglichkeit wäre es, die Fristsetzung auf das Tätigwerden der Behörde innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu beziehen.*

*Bauwerber:innen haben das Recht auf Erlassung eines Bebauungsplans, gleichzeitig haben sie als Antragsteller für die Erstellung eines Bebauungsplanes jedoch keine klar definierte Mitwirkungspflicht. In der Praxis führen oftmals wechselnde Anforderungen beispielsweise hinsichtlich der Nutzung, die erst während des Verfahrens eingebracht werden, zu zeitaufwendige Abklärungen in der Planung und damit natürlich auch zu Verzögerungen des gesamten Verfahrens.*

*Um all diesen Herausforderungen besser gerecht werden zu können, wäre eine Präzisierung und Überarbeitung der relevanten landesgesetzlichen Bestimmungen wichtig.*

*Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden*

### **Dringlichen Antrag**

***Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen heran, die entsprechenden landesgesetzlichen Grundlagen so abzuändern, dass die Erstellung von Bebauungsplänen in einem für alle Beteiligten transparenten und gut handhabbaren Verfahren sichergestellt werden kann.***

***Insbesondere sollen dabei folgende Punkte berücksichtigt werden:***

- ***Konkretisierung der Vorfragen, die vor Erstellung eines Bebauungsplanes abzuklären sind (§40, Ziffer 8, ROG).***
- ***Verankerung einer angemessenen Mitwirkungspflicht der Bauwerber:innen***
- ***Neuregelung der Fristsetzung im Sinne des Motivenberichts***

Bürgermeisterin **Kahr**:

*Applaus (Unverständlich)*

*Unverständlich:*

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es hat immer wieder Diskussionen bis hinauf zu den höchsten Gerichten gegeben, die dann die entsprechenden Anweisungen gegeben haben. Daher denke ich, dass es ein wichtiges Thema ist, welches wir eingehend diskutieren sollten. Mit der zuständigen Landesrätin und Aufsichtsbehörde hat es Rücksprachen gegeben und ich denke es wird notwendig sein, dass wir die Konkretisierung der Vorfragen präzisieren. Weiters wird eine angemessene Mitwirkungspflicht von Nöten sein, um das ganze Verfahren nicht weiter zu verzögern. Ich denke es wird schwierig seine Kriterien festzulegen, hier wird man aber Versuchen eine Konkretisierung zu tätigen. Sehr kritisch sehe ich die Fristverlängerung. Wenn jemand investieren will und lange auf einen Bebauungsplan warten muss, dann wird an diese Personen verstärkt von der Immobilienbranche herangetreten und schlussendlich an die Makler verkauft. Ich denke daher, dass wir die Frist tatsächlich gut einhalten sollten, da uns sonst, im kleinstrukturierten Bereich, die Preise davonlaufen. Ich bitte daher um eine Zustimmung bei den Punkten 1 und 2, Punkt 3 sehen wir jedoch kritisch.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte Herr Gemeinderat.

*Unverständlich*

Werte Frau Bürgermeisterin, werte Kollegen, Ihre Ausführungen waren großartig, jedoch im Spotlight steht die Dringlichkeit und nicht die Sache.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Wir werden die Klubobleute und alle Fraktionsvorsitzenden zusammenkommen lassen und die Regelwerke und was zur Tagesordnung gehört besprechen. Jetzt setzen wir jedoch bitte die Diskussion zur Dringlichkeit fort.

*Unverständlich:*

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Kollege Unverständlich ich schätze Sie wirklich sehr, jedoch dieses Erbsenzählen, was genau zur Dringlichkeit zählt und was genau zum Inhalt zählt ist nicht 100%ig zu trennen. Wir sollten froh und dankbar sein, dass wir unsere Argumente ausführen können.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

*Unverständlich:*

Dieser Antrag ist sehr gut und dringlich, weil wir auch immer Bebauungspläne vorliegen haben, die die Frist schon überschritten haben oder kurz davor sind. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Dies ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen***

Gemeinderätin **Würz-Stadler**:

Bezugnehmend auf Punkt 3, wir haben bewusst nicht so formuliert, dass es um eine Verlängerung der Frist gehe, sondern, so dass es um die Form der Frist gehe. Ich bedanke mich für die Diskussion und hoffe auf breite Zustimmung.

**Antrag zu Punkt 1 wurde mit Mehrheit angenommen (gegen Neos)**

**Antrag zu Punkt 2 wurde einstimmig angenommen**

**Antrag zu Punkt 3 wurde mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, Neos; FPÖ, Lohr)**

#### **7.4 Nulllohnrunde für Politiker und Spitzenverdiener im Haus Graz und Transparenzoffensive im Personalkostenbereich**

**(KO Pascuttini, KFG)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag eingebracht von Daniela Schlüsselberger, hier geht es um die Unterstützung der Pädagoginnen. Sie ist nicht hier, deshalb geht es zum nächsten dringlichen Antrag von Herrn Pascuttini zur Nulllohnrunde.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat Ich möchte auf das Thema Gehaltserhöhungen eingehen. Dies ist ein aktuelles Thema, das bei früheren Diskussionen, vor allem im Hinblick auf das kommende Budget im Dezember, eine wichtige Rolle spielt. Es wurden Überlegungen angestellt, welche Maßnahmen schnell umgesetzt werden können, um Einsparungen in den richtigen Bereichen zu erzielen. Die wirtschaftliche Lage ist bekanntermaßen schlecht. Auch wenn es Kritik gibt, wenn man eine öffentliche Institution mit einem Wirtschaftsunternehmen vergleicht, möchte ich kurz erläutern, wie ich die Situation sehe.

Wenn ein Wirtschaftsunternehmen in Schwierigkeiten ist, müssen oft Maßnahmen im Personalbereich ergriffen werden. Dies kann Personalabbau beinhalten, aber auch eine Einstellung von Lohnerhöhungen, Gewinnausschüttungen und Boni für Führungskräfte. Wenn wir nun zur öffentlichen Institution, der Stadt Graz, zurückkehren, sehen wir, dass die finanzielle Lage seit vielen Jahren angespannt ist. In den letzten Jahren gab es aufgrund der gestiegenen Inflation höhere Lohnabschlüsse.

Mir ist wichtig, klarzustellen, dass die Lohnabschlüsse für diejenigen, die den Betrieb der Stadt Graz am Laufen halten, vollständig umgesetzt werden sollen. Damit sind vor allem die Angestellten mit normalen Gehältern gemeint. Allerdings gibt es auch viele Führungskräfte, die trotz der Krise hohe Gehälter erhalten. Im letzten Jahr gab es einen Gehaltsabschluss von rund 9 Prozent im Haus der Stadt Graz, der mit einer sozialen Staffelung versehen war. Hier wurden auch den Spitzenverdienern rund 7 Prozent zugestanden. Dies ist jedoch kein einmaliges Problem. Gehälter steigen kontinuierlich an und es ist wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, um aus dieser finanziellen Misere herauszukommen.

Es wäre fair, wenn wir bei denjenigen, die sich den Lebensunterhalt gut leisten können, Einsparungen vornehmen. In unserem Antrag haben wir bewusst die Grenzen offengelassen. Es sollte von den Ländern entschieden werden, wo und wann Maßnahmen zur Gehaltserhöhung umgesetzt werden können. Dies wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung, wenn wir bei den Spitzenverdienern in der Stadt Graz anfangen.

In der Vergangenheit haben wir uns für mehr Transparenz in Bezug auf Gehälter und Kosten eingesetzt. Es ist für eine Stadt wie Graz oft schwer nachzuvollziehen, welche Gehälter in bestimmten Beteiligungen und in der Holding bezogen werden. Es besteht ein Bedarf an klaren Regeln für den öffentlichen Bereich, die sicherstellen, dass gute Führungskräfte angemessen bezahlt werden, jedoch keine Gehaltserhöhungen erhalten, wenn es Probleme gibt. Es gibt Menschen, die kein Verständnis für Gehälter haben, die in finanziell schwierigen Zeiten ausgezahlt werden.

Ich möchte betonen, dass Graz kein Einnahmenproblem hat und sich in mancher Hinsicht auch in vielen Bereichen teure Doppelstrukturen leistet.

Wenn ich dann in den letzten Tagen das Telefonbuch durchgeschaut habe und ich da manche Berufsbezeichnungen im Haus Graz mir ansähe, stellt sich mir schon die Frage, braucht man diesen Job, braucht es diese Jobbeschreibung? Das ist wirklich etwas, wo wir für die Zukunft das ein oder andere lustige vorbereitet haben, wo man ein bisschen schmunzeln kann. Also ich glaube, da gibt es sicher Potenzial, dass man ein bisschen spart.

Ich darf den Antragstext kurz verlesen und bitte dann auch schon um breite Zustimmung.

### **DRINGLICHEN ANTRAG:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Umsetzung einer Nullumrunde bzw. die Umsetzung einer nach Höhe des Bruttogehalts gestaffelten deutlichen Verminderung der jährlichen Anpassung der Gehälter für Politik und Spitzenverdiener im Haus Graz für das Jahr 2024 zu prüfen und die positiven Auswirkungen einer solchen Verminderung bzw. Aussetzung der ehrlichen Anpassung der Gehälter für das Jahr 2024 auf den städtischen Haushalt in einem Bericht am Gemeinderat bis zur letzten Gemeinderatssitzung des Jahres 2023 im Dezember darzustellen. Die Ergebnisse der Verhandlungen über Bundesgehaltsabschlüsse sind selbstverständlich abzuordnen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

#### ***Originaltext des Antrages:***

*Die wirtschaftliche Lage hat sich in Europa seit der Covid-19-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine massiv eingetrübt. Eine nicht in den Griff zu bekommende Rekordinflation stellt nicht nur für die Bevölkerung eine massive Belastung dar, sondern bringt auch die Haushalte der öffentlichen Hand unter Druck – und stellt somit auch den aus vielerlei Gründen stark angeschlagenen Haushalt der Stadt Graz vor große Probleme.*

*Wenig Aussicht auf eine rasche Besserung der finanziellen Situation der Stadt Graz verspricht der dem Grazer Gemeinderat am 21.09.2023 vorgelegte Strategiebericht:*

*„Die veränderten Rahmenbedingungen erhöhen den Druck auf den städtischen operativen Saldo. Es hatte sich bereits im Zuge des NVA 2023 gezeigt, dass das Jahr 2024 finanziell kein gutes Jahr wird. Dies hat sich nun mit der aktualisierten*

*Ertragsanteilprognose noch verstärkt. In der Haus Graz Sicht bilden sich diese herausfordernden Zeiten auch ab, allerdings erwartet die Finanzdirektion, dass die EBITDA-Vorgaben der wesentlichen Beteiligungen für 2024 eingehalten werden können.“[1]*

*Maßnahmen gegen die prekäre finanzielle Lage müssen nun rasch ergriffen werden, wobei eine wirkliche Sanierung des städtischen Haushalts nur gelingen kann, wenn nicht nur auf immer höhere „Einnahmen“ durch Steuern und Gebühren gesetzt wird, sondern auch ausgabenseitig endlich drastische Kürzungen stattfinden. Unbestritten ist: Unsere Landeshauptstadt Graz hat kein Einnahmenproblem (auch wenn die Ertragsanteilsprognose geringere Erträge prognostiziert als noch vor einem Jahr), sondern ein massives Ausgabenproblem.*

*Bei der Frage, wie man dieses Ausgabenproblem in den Griff bekommen kann, darf es keine Denkverbote geben. Denn es gibt sie doch, die einfach umzusetzenden Maßnahmen, die sich auch wirklich rasch positiv auf den städtischen Haushalt auswirken würden – doch bei vielen dieser Maßnahmen braucht es Entschlossenheit und Mut, der oftmals fehlt.*

*Eine besondere Belastung für den städtischen Haushalt stellen die – aktuell aufgrund der Inflation besonders hohen! – jährlich vorzunehmenden Anpassungen der Gehälter im Haus Graz dar. Vorweg: Außer Streit zu stellen ist, dass die Gehälter all jener Menschen, die Tag für Tag mit ihrem Einsatz für eine funktionierende Verwaltung unserer Stadt Graz sorgen, angemessen und ausreichend erhöht werden müssen. All jenen Mitarbeitern der Stadt Graz, die mit ihren Gehältern zum Mittelstand zählen oder gar trotz Tätigkeit für das Haus Graz aufgrund der gestiegenen Lebenserhaltungskosten armutsgefährdet sind, gebührt unbestrittenerweise eine jährliche Erhöhung ihrer Gehälter im vollen Umfang, auch im für den städtischen Haushalt problematischen Jahr 2024.*

*Problematisch für den Haushalt der Stadt Graz sind aber die jährlichen – und inflationsbedingt ausgesprochen drastischen! - Erhöhungen der Gehälter der (zahlreichen) Spitzenverdiener im Haus Graz, also all jener Beschäftigten, die ein monatliches Brutto-Gehalt im hohen vierstelligen Bereich bis hin zu den absoluten Spitzengehältern im deutlich 5-stelligen Bereich (!) verdienen. Eine je nach Höhe des Bruttogehalts gestaffelte Verminderung bzw. Aussetzung der jährlichen Erhöhung dieser „Spitzengehälter“ würde den städtischen Haushalt massiv entlasten. Die bisherige „Staffelung“, die im Vorjahr „Gering- und Normalverdienern“ nur eine Erhöhung um die 9 %, Spitzenverdienern aber immer noch eine garantierte Erhöhung um rund 7% (!) ermöglicht hat, kann rückblickend kaum als Entlastung für die städtischen Finanzen gewertet werden und kann eine derartige Staffelung auch nicht als „fair“ bewertet werden. Die Ergebnisse der Verhandlungen über den Bundes-Gehaltsabschluss sind selbstverständlich abzuwarten.*



**Dringlicher Antrag**

**(gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz)**

**Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Umsetzung einer „Nulllohnrunde“ bzw. die Umsetzung einer nach Höhe des Bruttogehalts gestaffelten (deutlichen) Verminderung der jährlichen Anpassung der Gehälter für Politiker und Spitzenverdiener im Haus Graz für das Jahr 2024 zu prüfen und die positiven Auswirkungen einer solchen Verminderung bzw. Aussetzung der jährlichen Anpassung der Gehälter für das Jahr 2024 auf den städtischen Haushalt in einem Bericht an den Gemeinderat bis zur letzten Gemeinderatssitzung des Jahres 2023 im Dezember darzustellen. Die Ergebnisse der Verhandlungen über den Bundes-Gehaltsabschluss sind selbstverständlich abzuwarten.**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Dies ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung.

**Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es Wortmeldungen zum Inhalt? Frau Gemeinderätin Unger bitte!

Gemeinderätin **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, es ist schön, dass der Appell zur Disziplin, was die Inhalte und die Dringlichkeit betrifft, irgendwie so schnell auch einen Erfolg erzielen. Ich kann mich dem durchaus anschließen, dass wir alle gut und diszipliniert auf die Zeit schauen sollten und uns inhaltlich beschränken sollten. Grundsätzlich sind wir selbstverständlich dafür, dass wir immer wieder auch Möglichkeiten, einen Beitrag zu leisten, überprüfen und auch dem nähertreten sollten. Insofern werden wir auch diesem Antrag nähertreten, weil er vor allem auch eine Prüfung der Möglichkeiten und der Sinnhaftigkeit bedeutet.

Das ist mir deswegen wichtig zu betonen, weil einerseits damit sozusagen keine pauschalen Vorverurteilung von Besserverdienenden in den Raum gestellt werden soll. Es geht um qualifizierte Führungskraftarbeit, die auch mit großen Herausforderung und großer Verantwortung verbunden ist. Also es geht nicht nur um einen finanziellen Vorteil, das möchte ich in aller Deutlichkeit festhalten. Meines Wissens nach hat es immer wieder entsprechendes Einsparungspotenzial oder freiwillige Entscheidungen gegeben, zumindest aus dem Haus Graz. All diese Dinge zu prüfen, wäre, glaube ich, wichtig, auch was die Gehälter betrifft. Ich glaube, es ist ganz gut, wenn man da mal den Status quo erhebt und auch das Einsparungspotenzial entsprechend festmacht. Ich glaube, dass wir uns auch unsere eigenen Möglichkeiten vor Augen führen müssen. Wir haben heute schon Darlehen gehabt, wo es um ein großes Einsparungspotenzial mit einer zeitgerechten Entscheidung ging. Wir haben einige Projekte von der Remise über den Schulbau die wesentlich teurer geworden sind in den letzten Monaten. Dies ist natürlich äußeren Umständen geschuldet, aber da haben wir auch die Verantwortung, dass wir entsprechend unseren Beitrag leisten, dass wir möglichst sparsam mit den Mieten umgehen. Ich möchte noch einmal an die politische Verantwortung appellieren, denn auch hier ist sehr viel Geld drin. Grundsätzlich sind wir der Prüfung gegenüber aufgeschlossen, sind gespannt auf das Ergebnis und ich glaube, was dann daraus gemacht wird, wird dann sowieso in einem zweiten oder weiteren Antrag entschieden werden müssen. Also wir werden dem Ganzen zustimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen zum Inhalt? Herr Stadtrat Eber bitte!

Stadtrat **Eber**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch nur kurz dazu Stellung nehmen. Zunächst einmal ist es natürlich klar, dass unsere Spitzenbeamten und Spitzenvertragsbediensteten keine Gewinnausschüttung erhalten. Wir haben einige sehr gut bezahlte Beamte und Vertragsbedienstete in unserem Magistrat beschäftigt.

Ich glaube, wir können auch zu Recht stolz auf ihre Leistung sein und es ist hier sicher niemand das Gehalt zu neidig. Andererseits muss man natürlich sagen, wer überproportional viel verdient, kann am ehesten auf etwas verzichten.

Als Beispiel, wir haben im Magistratskreis 71 Beschäftigte, die ein Grundgehalt von zumindest 8.000 Euro haben. Das wäre jene Personengruppe, die für die Aussetzung in Frage kommen würde, beziehungsweise nur teilweise eine Erhöhung erhalten. Würde man die Gehaltserhöhung völlig aussetzen, würden zumindest, sage ich einmal, überschlagmäßig gerechnet, 500.000 Euro zustande kommen.

Von daher unterstützen wir den Antrag sehr gerne. Allerdings weise ich darauf hin, dass es nicht der Gemeinderat ist, der darüber befinden kann, sondern dass wir eine Petition an das Land schicken müssen und der Landtag unserer Gehaltsregelung zustimmen müsste. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Zirngast.

Gemeinderat **Zirngast**:

Ich kann nur sagen herzlichen Dank für den Antrag, den wir auch unterstützen werden. Im Grunde sind wir seit Jahren dafür, dass die Politiker-Gehälter nicht steigen sondern gesenkt werden. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich den Antragsteller ums Schlusswort bitten.

Klubobmann **Pascuttini**:

Vielen Dank für die sich abzeichnende Zustimmung. Ich möchte noch einmal festhalten, dass es mir nicht darum geht, eine Neiddebatte anzuzetteln.

Es geht darum, dass Leistung sich lohnen soll. In Zeiten schlechter Wirtschaft müssen

wir Solidarität einfordern. Besonders von denen, die gut verdienen. Bevor wir bei den Menschen unten anfangen.

Danke für die Informationen wie viele Personen das im Magistrat betreffen würde und wieviel man sich dadurch einsparen könnten. Man muss auch dazu sagen, dass viele bereit sind diesen Beitrag zu leisten. Freiwillig geben es nur die wenigstens her. In diesem Sinne, danke für die Zustimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Kommen wir zur Abstimmung.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

#### **7.5 Unterstützung für Pädagog:innen/Information über Beratungsangebote**

**(GR Daniela Schlüsselberger, SPÖ)**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag von Frau Gemeinderätin Schlüsselberger. Es geht um die Unterstützung für Pädagoginnen.

Gemeinderätin **Schlüsselberger**:

Danke, liebe Bürgermeisterin. Liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, werte Zuhörerinnen, ich möchte mich gleich entschuldigen.

Ich bin gerade in einer kleinen Notlage festgesteckt und jeder, der betreuungspflichtige Kinder hat, weiß was ich meine. Es geht auch um Kinder und um Bildung in meinem Antrag und um das Spektrum zu erweitern geht es um die Gesundheit der Pädagoginnen und Pädagogen, um die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer, der Direktorinnen und Direktoren. Um diejenigen die es ermöglichen, dass Kinder überhaupt Bildung genießen können, wie sie es sollen.

Ich habe viele Gespräche geführt und immer die gleichen Probleme erfahren. Wir sehen alle, dass es Verbesserungsbedarf im Bildungsbereich gibt. Aber bis dahin braucht es Unterstützung, wenn der Fall da ist, dass es an den Schulen, salopp gesagt, nicht ganz rund läuft. Es gibt Probleme, die die Pädagoginnen und Pädagogen an ihre Grenzen bringen. Es gibt Angebote, die Unterstützung bieten, aber es gibt keine ausreichende Informationsweitergabe über diese Angebote. Deshalb stelle ich den dringlichen Antrag, um die Pädagoginnen und Pädagogen zu unterstützen.

**Originaltext des Antrages:**

*Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

*Die gesellschaftlichen Entwicklungen führen zu neuen Herausforderungen, die sich auch in den Anforderungen an die Schule, an die Direktor:innen und Lehrer:innen widerspiegeln. Die Aufgaben und Fragestellungen, mit denen sich die Schule zu beschäftigen hat, gehen mittlerweile weit über die – vereinfacht gesagt – rein technische Wissensvermittlung hinaus. Digitale Revolution, Klimawandel, Migration sind ebenso Themen, auf denen Schulen sowohl im Unterricht als auch in der Elternarbeit reagieren müssen, wie auch manch sogenannte „Erziehungsarbeit“ vom Elternhaus kurzerhand auf die Schule übertragen wird.*

*In diesem Spannungsfeld sind Direktor:innen wie Lehrer:innen aufgrund der immensen Erwartungshaltung gepaart mit teils mangelhaften Rahmenbedingungen und viel zu geringer externer Unterstützung natürlich extrem gefordert, um nicht zu sagen verständlicherweise teils auch überfordert. So kommt es auch nicht von ungefähr, dass Personalnot herrscht, weswegen händeringend nach Lehrer:innen gesucht wird.*

*Umso wichtiger ist es, Lehrer:innen mit einem ein breit angelegten Beratungsangebot unterstützend zur Seite zu stehen: Etwa, was Mobbing, Stressbewältigung, Resilienz, Konflikte, Teamentwicklung, Rollenverhalten oder Gruppenmanagement betrifft. Solche Hilfestellungen könnten ganz wesentlich zu einer nachhaltigen Entlastung beitragen. Angebote für eine solch professionelle Supervision gibt es sogar, beispielsweise über das BfP, die Beratung für Pädagog:innen Steiermark, die im Übrigen auch vom Land Steiermark und der Stadt Graz unterstützt wird. Allerdings zeigt sich in Gesprächen leider immer wieder, dass das Wissen um eine solche unterstützende Möglichkeit in unseren Pflichtschulen ganz offensichtlich nicht ausgeprägt genug ist. Bei weitem nicht alle Direktor:innen und Lehrer:innen scheinen nicht darüber informiert zu sein, wo sie im Bedarfsfall rasch kompetente Hilfestellungen anfordern können: Eine entsprechende Informationskampagne über die Abteilung für Bildung und Integration in*

*Zusammenwirken mit der Bildungsdirektion des Landes Steiermark wäre so gesehen absolut vorteilhaft und entspricht dem Wunsch vieler Pädagog:innen.*

*Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den*

***Dringlichen Antrag***

***Die Abteilung für Bildung und Integration wird ersucht, die Direktor:innen und Lehrer:innen der Grazer Pflichtschulen – idealerweise und nach Möglichkeit in Zusammenwirken mit der Bildungsdirektion Steiermark – gemäß Motivenbericht über die Beratungs- und Supervisionsangebote für den Pflichtschulbereich ausführlich zu informieren. Dem Gemeinderat ist bis zur Novembersitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen.***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wortmeldungen Zur Dringlichkeit? Ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

***Der Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KFG)***

Zum Antrag selbst, wer wünscht hier das Wort? Frau Gemeinderätin Slama und Herr Gemeinderat Winter und Frau Gemeinderätin Derler danach.

Gemeinderätin **Slama**:

Hallo nochmal alle miteinander. Grundsätzlich denke ich, dass jeder, der mit Kindern gearbeitet hat, weiß, wie psychisch belastend das sein kann. Es geht nicht darum, dass die Kinder gemein sind, sondern darum, dass man unglaublich viel über das Leben der Kinder mitbekommt. Man ist oft die erste Ansprechperson bei Problemen. Solche Probleme werden häufiger und es kann sehr schwer sein, damit umzugehen. Es gibt Angebote, die bei der Bewältigung helfen können. Aber diese Angebote sind nicht ausreichend bekannt, oder zugänglich genug. Ich denke weitaus mehr Menschen

würden die Angebote in Anspruch nehmen, wenn sie nur davon wüssten. Deshalb ist es meiner Meinung nach dringlich.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Bitte, Herr Gemeinderat Winter und dann Frau Gemeinderätin Derler.

Gemeinderat **Winter**:

Sehr geehrter Gemeinderat und Stadtregierung! Ich möchte betonen, dass der Beruf des Pädagogen sicherlich ein sehr schwerer Beruf ist. Das steht außer Frage. Ich habe zeitweise die Kinderpolizei in den Volksschulen geleitet und habe zumindest in kleinem Ausmaß mit vielen Kindern zu tun. Ich ziehe wirklich den Hut vor jedem Pädagogen und Lehrer, dass er das so gut absolvieren kann.

Es gibt jedoch neue Themen, wie die digitale Revolution, den Klimawandel und die Migration, die von den Kindern zumindest teilweise aufgegriffen werden. Und sicherlich ist auch das Thema Mobbing und Konfliktbewältigung in den Schulen ein größeres Problem. Ja, es gibt Beratungsstellen und Supervisionen, aber wenn diese so gut wären und so gut angenommen werden würden, dann wären sie auch bei den Lehrern und Direktoren viel bekannter und würden sich weiter verbreiten. Daher denke ich müssten wir in diesem Thema einen Schritt weiter gehen. Sollten wir uns vielleicht mehr auf die Ausbildung der Pädagogen in diesen Bereichen konzentrieren und Petitionen an das Land oder den Bund richten, um die Ausbildungsrahmenbedingungen für Lehrer zu verbessern? Das ist meiner Meinung nach der größere Ansatz. Die Publimachung von Supervisionen und Beratungsstellen ist meiner Meinung nach nicht ausreichend, um die zukünftigen Probleme zu lösen.

Dringlich ist es insofern nicht gegeben, da uns diese Probleme schon seit Jahren bekannt sind und sich auch steigern.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Gemeinderätin Derler und Frau Gemeinderätin Naghibi.

Gemeinderätin **Derler:**

Sehr geehrte Antragstellerin, geschätzte Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag ist nichts hinzuzufügen. Es ist ein wichtiges Thema und es muss noch mehr publik getan werden. Warum? Wir nähern uns einer Entwicklung, wo sich Arbeitsumfelder immer schneller verändern und der Austausch zwischen Arbeitnehmern immer weniger wird. Es gibt immer weniger stabile Team-Umgebungen, in denen man sich austauschen kann. Daher sind solche Einrichtungen zur Beratung und Unterstützung immer wichtiger. Es ist sehr wichtig, dass wir uns um die psychische Gesundheit aller Menschen kümmern. Aber in diesem Antrag geht es um die Pädagogen. Wenn ihre psychische Gesundheit nicht beachtet und gepflegt wird, wie sollen diese Menschen, die eine so wertvolle Arbeit leisten, dies tagtäglich tun? Es ist wichtig, dass wir ihnen einen Ort bieten, wo sie anonym darüber sprechen und ihren Zorn aussprechen können. Wir gehen mit so einem wertvollen Antrag natürlich mit und danke für den Einsatz. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Frau Gemeinderätin Naghibi bitte!

Gemeinderätin **Naghibi:**

Ich möchte mich jetzt spontan doch zu Wort melde und dies auch aus eigener Erfahrung heraus. Aber der Reihe nach: Die Dringlichkeit darf auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Dringlich ist nicht nur, was spontan akut wird, also durch einen nicht vorhersehbaren Unfall oder ähnliches, sondern auch das, was sich systemisch und über ganz lange Zeit steigert und akut wird. Das ist oft der Fall im schulischen und elementarpädagogischen Bereich.

Mir ist wichtig zu erwähnen, dass immer noch ein großes Tabu um das Thema Psychotherapie und Supervision herrscht. Es geht hier um weit mehr als Psychohygiene, die man untereinander kollegial betreiben kann. Psychohygiene allein reicht nicht aus, wenn man fachliche Auskunft benötigt. Zum Beispiel haben wir im



Kinderhaus vor einem Jahr um eine Supervision angesucht, um Unterstützung für Kinder in der Gruppe zu erhalten. Aufgrund der rechtlichen Grundlagen konnten wir kein integratives Zusatzbetreuungsteam anfordern, obwohl das Kind Unterstützung benötigt hat. Die Supervision hat uns geholfen, fachliche Auskunft zu erhalten und die begrenzten Mittel im Team gut zu nutzen. Es gibt ähnliche Situationen in Schulen. Bitte verwechselt das nicht miteinander. Es ist von großer Bedeutung und eine grundlegende Voraussetzung. Ich stimme dir voll und ganz zu, dass die Ausbildung verändert werden muss. Es gibt bereits seit langem Petitionen ans Land und ähnliche Initiativen. Das muss sich ändern, da sich auch die gesellschaftliche Lage verändert hat und es letztendlich um das Wohl der Kinder die auch ein Recht darauf haben und um unser eigenes Wohlbefinden bei der Arbeit geht. Danke Ihnen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke auch. Weitere Wortmeldungen? Gemeinderätin Heinrichs.

Gemeinderätin **Heinrichs**:

Sehr geehrte Damen und Herren, wiederum nur ganz kurz. Wir haben heute schon öfter über versäumte Möglichkeiten gesprochen. Ich muss das einfach sagen. Im Jahr 2003, das war vor 20 Jahren, hat mein Gemeinderatskollege Andreas Fabisch einen Antrag für mehr psychologische Betreuung an den Schulen gestellt. Das ist genau das Thema, von dem jetzt die Rede war. Vor 20 Jahren hat man darauf hingewiesen, dass das notwendig ist und es ist viel zu wenig geschehen seit dem. Heute haben wir die Misere. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das kann ich nur bestätigen und es war nicht nur ein Antrag. Die sind auch immer einstimmig angenommen worden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn dies nicht der Fall ist, darf ich die Antragstellerin ums Schlusswort bitten.

Gemeinderätin **Schlüsselberger:**

Ich freue mich grundsätzlich, weil sich doch eine Mehrheit zu diesem Thema abzeichnet und das stimmt mich positiv. Ich möchte jedoch nicht unkommentiert lassen, was der Kollege Winter als Argumente vorgebracht hat. Er hat gemeint, dass etwas präventiv gemacht werden müsse. Hier bin ich ganz bei dir. Aber wenn ich vor einem Brand stehe, mit einem Feuerlöscher, google ich nicht nach Ausbildungen im Brandschutzforum, sondern suche nach jemandem, der den Brand löschen kann. Erst dann kann man in die Prävention investieren. Es gibt schon viel zu lange zu langsame Fortschritte, aber dieses akute Problem verdient eine Lösung. Ich haben schon mit vielen Pädagoginnen und Pädagogen und mit den Beratungsstellen gesprochen, diskutiert und evaluiert und ja, es sind gute Supervisions- und Beratungsangebote und der Bedarf ist da. Ich bin nicht in der Position, den Experten diese Meinungen abzusprechen und zu behaupten, es sei nicht dringlich. Diesen Antrag werde ich stellen, damit das Beratungsangebot im Motivenbericht breit kommuniziert wird und möglichst viele partizipieren können. Dankeschön.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Wir kommen nun zum Antrag selbst und zur Abstimmung.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KFG).***

## **7.6 Abschaffung der Landesumlage (Petition)**

***(GR Mag. Philipp Pointner, NEOS)***

Bürgermeisterin **Kahr:**

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag, eingebracht vom Gemeinderat Pointner, hier geht es um die Abschaffung der Landesumlage.

Gemeinderat **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen, es geht um ein Finanzthema, das ich aufziehen möchte. Am 10. August hat die steirische Landesregierung die Regierungsvorlage für das neue steirische Pflege- und Sozialleistungsfinanzierungsgesetz beschlossen. Dieser Beschluss wird wahrscheinlich im Landtag im Oktober 2024 zum Gesetz werden und wird finanzielle Auswirkungen auf die Stadt haben. Die finanzielle Lage der Stadt Graz ist angespannt, daher ist die Angelegenheit dringlich.

Die Dringlichkeit zeigt sich auch in der Diskussion über die Sozialkostenreform und darin wie undurchsichtig und komplex sich Verhandlungen über so genannte Transfers in den unterschiedlichsten Kombinationen aus österreichischen Gebietskörperschaften und anderen Gremien gestalten. Besonders der Finanzausgleich, bei dem die Landesumlage eine wichtige Rolle spielt, ist schwer zu verstehen und daher sollten wir darauf hinarbeiten, dass er entwirrt wird und eine klarere Vorgehensweise geschaffen wird. Dadurch könnten den Gemeinden, in den Bereichen, wo wir zuständig sind, mehr finanzielle Spielräume und Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Im vergangenen Jahr hat die Stadt Graz 37,6 Millionen Euro als Landesumlage ans Land Steiermark überwiesen, aber nur 28,8 Millionen Euro zurückerhalten. Es geht also um 8,8 Millionen Euro, die wir im Haushalt behalten könnten. Die Landesregierung ist gefordert, den eingeschlagenen Weg der Neuregelung der Transfers konsequent fortzusetzen und auf die Landesumlage zu verzichten.

Daher stelle ich diesen

**DRINGLICHEN ANTRAG:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich über Petitionswege an den Landesgesetzgeber und fordert die Abschaffung der Landesumlage.

Vielen Dank.

**Originaltext des Antrages:**

Am 10. August beschloss die steirische Landesregierung die Regierungsvorlage für das neue Steirische Pflege- und Sozialleistungsfinanzierungsgesetz. Zuvor unterfertigten Städte- und Gemeindebund sowie das Land Steiermark ein Paktum über die Neuregelung für eine, wie sie selbst sagen, gerechtere Verteilung der Sozialhilfekosten im Land (<https://www.kommunikation.steiermark.at/cms/beitrag/12923169/374565/>). Nach dem finalen Beschluss des Gesetzes, der voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 17. Oktober gefasst wird, soll die Neuregelung mit 1.1.2024 in Kraft treten. Die Auswirkungen dieser Sozialkostenreform sind für die Stadt Graz enorm: Aus diversen Gutachten geht hervor, dass die Stadt mit einer Mehrbelastung von jährlich rund 20 bis 25 Millionen Euro ab dem Jahr 2028 rechnen muss. [AF1] Und auch wenn die Einschleifregelung für die Neuregelung zwischenzeitlich auf acht Jahre verlängert wurde, wird die Landeshauptstadt Graz über kurz oder lang die enorme Mehrbelastung stemmen müssen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die finanzielle Entwicklung der Landeshauptstadt Graz, wobei genaue Beträge noch nicht abzuschätzen sind, wie aus dem aktuellen Strategiebericht 2023 zu entnehmen ist (GZ: A8-102185/2022-18). Sowohl der Prozess als auch die Diskussion über die Sozialkostenreform zeigen einmal mehr, wie undurchsichtig und komplex sich die Transfers zwischen allen möglichen Kombinationen österreichischer Gebietskörperschaften gestalten. Dieser "Finanzausgleich" ist einer der größten gordischen Knoten der österreichischen Politik und selbst für Expertinnen und Experten manchmal schwer zu durchschauen. Und das Ergebnis dieses Bürokratie-Wirrwarrs ist, dass sich Städte und Gemeinden wie die Landeshauptstadt Graz kaum noch in der Lage sehen, die an sie gerichteten Aufgaben finanziell zu bewältigen. Unser Ziel muss daher sein, den Städten und Gemeinden ihren finanziellen Spielraum zurückzugeben, damit sie ihre vielfältigen Aufgaben im Sinne der Grundsätze der Effizienz sowie der Transparenz wahrnehmen können. Um das zu schaffen, muss nach der Neuregelung der Sozialhilfeumlage rasch die Landesumlage reformiert werden. Alleine im vergangenen

*Jahr hat die Stadt Graz 37,6 Millionen Euro für die Landesumlage an das Land Steiermark überwiesen, im Gegenzug aber nur 28,8 davon zurückerhalten ([https://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/6299645/Vor-Weichenstellung\\_Woche-der-Entscheidung-fuer-Spitaeler-Aerzte](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/6299645/Vor-Weichenstellung_Woche-der-Entscheidung-fuer-Spitaeler-Aerzte)). Die Landesregierung ist jetzt - nach der Neuregelung des Steirischen Pflege- und Sozialleistungsfinanzierungsgesetz – gefordert, den eingeschlagenen Weg beizubehalten. Am Beispiel Niederösterreich wird klar gezeigt, dass man auf die Landesumlage verzichten kann. Somit ist es hoch an der Zeit, von einem bürokratisch aufwendigen und die Stadt Graz benachteiligenden Transfer-Instrument Landesumlage Abstand zu nehmen und damit unserer Stadt wieder mehr finanziellen Spielraum zu geben. 2 Im Sinne der Vereinfachung des Systems (Effizienz der Verwaltung), der Entbürokratisierung und der Transparenz stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den*

### ***Dringlichen Antrag***

***Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich am Petitionsweg an den Landesgesetzgeber und fordert diesen auf, die Landesumlage abzuschaffen.***

### ***Vorsitzwechsel – Stadtrat Eber übernimmt den Vorsitz***

Stadtrat **Eber**:

Ich habe den Vorsitz inzwischen übernommen. Und ersuche um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

***Der Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Stadtrat **Eber**:

Gibt es Wortmeldungen zum Inhalt? Bitte Frau Kollegin Katzensteiner und dann Kollege Hackenberger. Ich darf jetzt schon darauf hinweisen, dass ich mit einer Strenge auf die Disziplin bei der Zeit achten werde.

Gemeinderätin **Katzensteiner:**

Vielen Dank, Kollege Pointner, für diesen Antrag.

Wir haben heute bereits von der schwierigen finanziellen Lage der Stadt Graz, aber auch anderer Gemeinden und anderen Städten gehört und werden später noch darauf eingehen. Derzeit finden die Verhandlungen zum Finanzausgleich statt, bei denen wir eine neue vertikale Verteilung der Mittel fordern. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Vom Land Steiermark, bzw. vom Städtebund, haben wir in der Vergangenheit nichts Förderliches über die Neuregelung des Pflegefinanzierungsgesetzes gehört. Das wird der Stadt Graz zusätzlich finanzielle Belastungen bringen. Angesichts dieser Lage müssen wir sehen, wie wir die Stadt Graz nachhaltig finanziell stabilisieren können. Es ist wichtig, dass wir hier das Land Steiermark in die Pflicht nehmen. Vielen Dank für den Antrag. In dieser Form können wir dem Antrag nicht zustimmen, weil bereits Verhandlungen mit dem Land geplant sind, um zu sehen, welche Möglichkeiten es gibt. Wir wollen den Prozess nicht vorgreifen, sondern hoffen, dass er positiv abläuft. Es geht nicht nur um die Landesumlage, sondern auch darum andere Möglichkeiten auszuloten.

Daher stellt der KPÖ-Gemeinderatsklub den folgenden

***Abänderungsantrag:***

***zum Dringlichen Antrag der NEOS „Abschaffung der Landesumlage (Petition)“***

***Der Dringliche Antrag der NEOS „Abschaffung der Landesumlage (Petition)“ wird wie folgt abgeändert: Aufgrund der vielfältigen das städtische Budget Jahr für Jahr belastenden Herausforderungen, die die Stadt Graz zu bewältigen hat (z. B. in den Bereichen Klimawandelanpassung, Soziales, Kinderbetreuung), sowie weiterer zentralörtlicher Funktionen ersucht der Gemeinderat der Stadt Graz den Landesgesetzgeber eindringlich, diese Belastungen in den anberaumten Gesprächen***

***auf Verwaltungs- und politischer Ebene zwischen Stadt Graz und Land Steiermark – etwa durch die Abschaffung der Landesumlage oder die Entwicklung gemeinsamer öffentlicher Beteiligungsgesellschaften – entsprechend zu berücksichtigen.***

Ich bitte um Zustimmung. Vielen Dank.

Stadtrat **Eber**:

Es folgt die Wortmeldung von Kollege Hackenberger.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer am Bildschirm, ich hoffe, Sie sind noch dabei.

Wir können uns mit diesem Antrag in Form des Abänderungsantrags einverstanden erklären. Warum in Form des Abänderungsantrags? Es wäre natürlich am besten, wenn wir die Landesumlage abschaffen könnten. Aber ich glaube nicht daran. In fast allen Bundesländern Österreichs gibt es eine Landesumlage. Nur in Niederösterreich gibt es keine Landesumlage. Dort gibt es eine andere Form der Finanzierung, die sie von den Gemeinden erhalten. In einigen Bundesländern ist die Landesumlage etwas abgemildert. Der Bund erlaubt den Ländern, maximal 7,6% der Ertragsanteile von den Gemeinden zurückzuverlangen. In der Steiermark wird der Höchstbetrag von den steirischen Gemeinden regelmäßig eingetrieben. In Kärnten und Salzburg hat man diesen Betrag etwas niedriger gewählt. Warum ist es sinnvoll, dieses Instrument abzuschaffen? Zum einen, weil die Kompensation der Landesumlage in der Regel über Bedarfszuweisungen erfolgt. Bedarfszuweisungen haben jedoch einen negativen Beigeschmack, da sie der Willkür Tür und Tor öffnen. Keine Gemeinde hat einen Anspruch auf Bedarfszuweisung. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Verteilung und Ausschüttung der Bedarfszuweisungen offensichtlich stark politisch beeinflusst sind. Gemeinden, die die richtige Farbe haben, werden bevorzugt.

Daher glaube ich, dass dieser Antrag auf jeden Fall gestellt werden sollte und das Land aufgefordert werden sollte, über eine Abschaffung der Landesumlage nachzudenken.

Es ist notwendig, den finanziellen Spielraum der Gemeinden zu erhöhen. Wir unterstützen daher den Antrag in der Form des Abänderungsantrags. Dankeschön!

Stadtrat **Eber**:

Danke, Redezeit punktgenau eingehalten. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Gemeinderätin **Hopper**:

Geschätzte Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht online noch dabei sind, im Haus oder irgendwo in Graz und darüber hinaus.

Ich möchte mich auch ganz kurz zu Wort melden. Vielen Dank für den Antrag.

Ich glaube, wir sind uns alle in diesem Raum einig, dass die aktuelle finanzielle Lage einer Lösung bedarf. Manche hätten sich da wesentlich früher schon eine Initiative gewünscht, die das wirklich angeht.

Ich möchte drei kleine Punkte erwähnen. Das Erste betrifft deinen Motivenbericht, worin mir immer wieder auffällt, dass die Bürokratie mitunter daran schuld ist, dass die Gemeinden jetzt so hohe finanzielle Ausgaben zu bewältigen haben. Ich finde grundsätzlich, dass sich der Motivenbericht komplex liest. Das ist ein gewisser gordischer Knoten. Den werde ich aber jetzt nicht auflösen. Ich weiß inzwischen, worum es dir geht und das ist auch uns wichtig. Ein weiterer Punkt dazu von meiner Seite ist, dass ich sehr stolz bin auf manche, wenn auch etwas komplizierte Situationen und Vorgänge, die wir bei uns in Österreich haben. Nicht zuletzt ist auch unser Sozialstaat beispielsweise einer dieser außerordentlich komplizierten Unterfangen, die wir aber, glaube ich, sehr, sehr gut meistern und stolz darauf sein können. Also nicht alles, was etwas bürokratisch und kompliziert angelegt ist, ist immer fürchterlich.

Dennoch hast du bei dem Schluss, den du in deinem Motivbericht ziehst, recht. Ich möchte auch noch anmerken, dass insbesondere durch die Erneuerung im Pflege- und Sozialfinanzierungsgesetzes eine enorm herausfordernde Situation auf die Stadt Graz zukommt. Wir werden aber nicht müde, auch an dieser Stelle festzuhalten, dass es aus unserer Sicht ein ganz klares Versäumnis seitens des zuständigen Stadtrates gab, da man sich in diese Verhandlungen wesentlich früher hätte einbringen müssen und nicht



erst jetzt im Nachhinein dieser Entscheidung Verhandlungen einfordern müsste. Von der Tatsache ausgehend, dass zeitgleich Gemeinderatsitzung war und dass man nicht wissen hat können, dass dieser Beschluss gefasst wird, haben wir zuletzt in einigen Ausschüssen Ausführungen der anderen Koalitionsparteien gehört, die darauf abzielen, dass man als Graz nicht erwarten kann, dass sich da einmal irgendetwas ändert. Das sind aus meiner Sicht alles nur Versuche der Rechtsfertigung und lenken sehr stark von der Tatsache ab, dass man es einfach versäumt und verschlafen hat, hier rechtzeitig nachzuverhandeln. Nichtsdestotrotz haben wir uns gemeinschaftlich und parteiübergreifend im Anschluss an diese Entscheidung als Stadt zu Wort gemeldet und gesagt, dass es so für uns nicht geht. Es war ein parteiübergreifendes Verlangen und hier hat auch Herr Landeshauptmann Drexler weitere Verhandlungen zugesagt. Ich gehe davon aus, dass die entsprechenden Verhandlungen seitens der Stadt auch die Punkte im Abänderungsantrag der KPÖ unterstützen werden. Wir würden uns wünschen, dass diese Anträge in dieser Form nicht mehr notwendig sind. Sind sie allerdings und wir werden uns als Volkspartei keiner Möglichkeit verwehren, um die Stadt Graz aus dieser Situation herauskommen zu lassen. Deswegen werden wir diesem Antrag und gegebenenfalls auch dem Abänderungsantrag zustimmen.

Stadtrat **Eber**:

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Ich möchte festhalten, dass es in den letzten Wochen und Monaten durchaus positive Gespräche mit dem Land gab. In der nächsten Woche beginnen die Gespräche auch auf Verwaltungsebene, wo wir uns natürlich erhoffen, dass wir finanzielle Entlastungen bekommen, da dies im Interesse des Landes als auch der Stadt liegt. Hier gibt es durchaus Anknüpfungs- und Ansatzmöglichkeiten, die wir beide sehen. Zurückweisen muss ich, dass es ein Versäumnis von meiner Seite gegeben hat, was das Sozialhilfe- und Pflegeleistungsfinanzierungsgesetz anbelangt. Wir sind in diese Gespräche und Verhandlungen nicht eingebunden gewesen. Ganz im Gegenteil. Es hat so etwas gegeben wie ein Geheimhaltungsgebot der Stadt Graz gegeben. Sobald wir die ersten Zahlen und Informationen bekommen haben, haben wir selbstverständlich das

Gespräch mit dem Städtebund, mit dem Gemeindebund, aber natürlich auch mit dem Land Steiermark gesucht.

Wünscht der Antragsteller ein Schlusswort?

Gemeinderat **Pointner:**

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die Einwände der KPÖ, einige ihrer eigenen Kernforderungen verbessert und zu einer Verhandlungsmasse degradiert. Ich finde es schade, dass sie nicht bei der eigenen Linie bleiben und etwas Sinnvolles machen.

Danke Herr Kollege Hackenberg für das Erwähnen des Landes Niederösterreich und den Bedarfszuweisungen und deren Fragwürdigkeit und Willküranfälligkeit. Schade, dass die Grünen Angst vor der eigenen Courage haben. Es überrascht mich sehr wenig, dass Sie, verehrte Frau Kollegin Hopper, das System der Bedarfszuweisungen für gut befinden. Ich hoffe auf breite Zustimmung zu meinem Antrag, auch wenn sich das nicht abzeichnet.

Stadtrat **Eber:**

Vielen Dank. Wir kommen zunächst zum Abänderungsantrag, eingebracht von der Kollegin Katzensteiner.

***Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KFG, Neos, FPÖ, Lohr).***

## **7.7 Gebühren-Erhöungs-Stopp für das Jahr 2024**

***(GR Sabine Reininghaus, NEOS)***

Stadtrat **Eber:**

Der nächste Punkt ist der Dringliche Antrag von der Kollegin Sabine Reininghaus. Ich übergebe den Vorsitz hiermit wieder an die Frau Bürgermeisterin.

**Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz**

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die zu Hause den Livestream verfolgen. In meinem dringlichen Antrag geht es um das liebe Geld, aber nicht um das Geld, das die Stadt einnahmeseitig bekommen soll, sondern um das Geld, das die Stadt Graz an die Grazer und Grazerinnen zurückfließen lassen soll. Und zwar durch einen Gebührenerhöhungsstopp für das Jahr 2024.

Wir wissen alle, die Stadt Graz ist finanziell nicht gerade bestens aufgestellt, aber sie könnte es sich durchaus leisten, auf die Gebühren im kommenden Jahr zu verzichten. Zum Beispiel im eigenen Wirkungsbereich, für Wasser, Kanal und Müll. Ich möchte dazu sagen, es sind hier nur Beispiele, die ich nenne.

Wir sollten nicht inflationsbereinigen, nicht wieder 3-4% auf die Preise draufhauen, das können sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner nicht mehr leisten. Ich möchte an die Mitte der Gesellschaft verweisen, an unsere Familien, an die Gewerbetreibenden, die eigentlich gar nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen zahlen sollen. Teilweise macht sich echte Verzweiflung breit. Jetzt hat die Bundesregierung, die ja auch einen Kampf gegen die Teuerung führt, in einer Nationalratssondersitzung beschlossen, die Gemeinden und Kommunen mit 150 Millionen Euro zu unterstützen. Damit sollen sie in der Lage sein oder den finanziellen Spielraum haben, die Gebühren nicht zu erhöhen.

Würde die Stadt Graz im kommenden Jahr wirklich auf Wasser-, Kanal- und Müllpreissteigerungen verzichten, könnte sie sich vom Bund knappe 5 Millionen Euro abholen. Es würde sich quasi wieder decken. Außerdem wissen wir alle aus dem Rechnungsabschluss 2023, dass die Stadt Graz als Krisengewinnerin hervorgegangen ist. Ich denke also, das sind zwei wirklich massive Gründe. Einerseits gibt es 5 Millionen Euro vom Bund, andererseits hat die Stadt Graz durchaus von der Krise profitiert. Darum finde ich, dass die Grazer und Grazerinnen sich verdienen, dass Sie nächstes

Jahr von der Stadt Graz entlastet werden. Darum komme ich auch schon zu meinem

**DRINGLICHEN ANTRAG:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung eines  
Gebührenerhöhungsstopps für das Jahr 2024 prüfen, um die Einwohnerinnen und  
Einwohner von Graz zu entlasten.

Bitte um Ihre Annahme.

**Originaltext des Antrages:**

*In der kürzlich abgehaltenen Nationalrats-Sondersitzung kündigte die Bundesregierung  
Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung*

*([https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/Sondersitzung-des-Nationalrats-](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/Sondersitzung-des-Nationalrats-Parteien-suchen-Rezepte-gegen-die-Teuerung/)*

*Parteien-suchen-Rezepte-gegen-die-Teuerung/)* an. So will die Bundesregierung den  
österreichischen Kommunen mit 150 Millionen Euro unter die Arme greifen, um ihnen  
den Verzicht auf weitere Gebührenerhöhungen im nächsten Jahr zu ermöglichen.

*Zieht man zur Berechnung der Fördersumme den Anteil der Grazer Bevölkerung  
(298.479 Einwohner:innen) im Verhältnis zur österreichischen Gesamtbevölkerung  
(9.104.772 Einwohner:innen) heran, dann erhält die Stadt Graz exakt 4.917.405 Euro  
(<https://wibis-steiermark.at/bevoelkerung/struktur/einwohner-gesamt/>).*

*Rund 5 Millionen Euro also, um beispielsweise einen Gebühren-Erhöungs-Stopp 2024  
bei Wasser, Kanal und Müllentsorgung umzusetzen. So würde insbesondere die Mitte  
der Gesellschaft (Familien, KMUs, etc.), die derzeit besonders unter der Teuerung leidet,  
entlastet werden.*

*Dabei legte der Rechnungsabschluss der Stadt Graz für das Jahr 2022 sogar offen, dass  
die Stadt durch unerwartete Mehreinnahmen zu den "Gewinnern der Krise" zählte.*

*Mehreinnahmen wohlbemerkt, die durch gestiegene Kosten von den Grazerinnen und  
Grazern finanziert wurden.*

*Jetzt ist es an der Zeit, die Grazerinnen und Grazer zu entlasten und dafür die 5 Millionen Euro aus dem Bund abzuholen. Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden*

***Dringlichen Antrag:***

***Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung eines Gebühren-Erhöungs-Stopps für das Jahr 2024 prüfen, um die unter der Teuerung leidenden Grazerinnen und Grazern zu entlasten.***

Bürgermeisterin **Kahr:**

Bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Wer wünscht das Wort zum Inhalt. Stadtrat Eber bitte

Stadtrat **Eber:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Sabine Reininghaus, danke für deinen Antrag. Ich möchte noch ein paar Worte dazu sagen. Zunächst einmal, Gebührenstopp ist, glaube ich, etwas Naheliegendes, denn das ist etwas, was die Stadt einfach umsetzen kann.

Du hast in deinem Antrag den Motivenbericht sozusagen heruntergerechnet auf Graz. Das wären ungefähr 5 Millionen die wir hier bekommen. Andererseits muss man aber auch sagen, dass die Umsetzung dieser Ausgleichszahlungen durch den Bund über die Länder erflogt und hier ist uns noch nicht bekannt, wie das in der Steiermark konkret abgehandelt werden wird. Vom Bund gibt es hier keine klaren Vorgaben.

Das bedeutet, insgesamt ist es so, dass der Topf hier eigentlich zu klein ist, wenn sämtliche steirische Gemeinden einen kompletten Gebührenstopp machen würden. Gebührenstopp heißt für uns natürlich, dass die Gebührenerhöhungen ausgesetzt

werden sollen.

Wenn also alle steirischen Gemeinden oder alle österreichischen Gemeinden diesen Stopp machen würden, müssten die Gemeinden selbst natürlich einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu leisten. Ich möchte nur sagen, für Graz bedeutet das, wenn wir davon ausgehen, dass die Erhöhung 6% ungefähr ausmachen würde, dass wir den Stadthaushalt mit 6 bis 7 Millionen Euro belasten würden. Dies würde Folgewirkungen haben.

Es ist auch nicht geregelt, wie diese Senkung, oder diese Rückgabe an die Bürger und Bürgerinnen aussehen soll. Da gibt es ja auch noch keine Regelung vom Land. Müssen wir diese Erhöhung komplett aussetzen, also 0% erhöhen?

Was ist, wenn wir jetzt nur 3% erhöhen? Bekommen wir dann auch etwas aus diesem Topf oder nicht?

Das sind alles offene Fragen, wo unsere Finanzdirektion vor allem und unsere Abteilung für die Gemeindeabgaben versucht all diese Informationen zu erhalten und zu prüfen. Kurz und gut, es ist noch nicht alles ganz klar, was da auf uns zukommt, aber selbstverständlich werden wir diesem Antrag sehr gerne zustimmen.

*Unverständlich:*

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat! Es ist ja dann durchaus lustig oder befremdlich, wie auch immer man es nennen mag, wenn man dann hört, dass diesem Antrag zugestimmt wird, obwohl man ja selbst in der Hand hätte, was zu tun. Das ist jetzt halt das erste Mal die Situation, dass man aus populistischen Forderungen, die man ursprünglich gemacht hat, tatsächlich Regierungsarbeit leisten muss. Und das ist dann durchaus herausfordernd. Das kann ich mir vorstellen.

Sie haben ja auch darauf verwiesen, wofür man in der KPÖ einmal gestanden ist. Zum Beispiel hat man im Jahr 2020 mehrmals einen solchen Gebührenstopp eingefordert. Da steht, es ist notwendig, die Menschen in unserer Stadt zu entlasten, die in dieser Krise immer größere Probleme haben, das tägliche Leben zu finanzieren. Diese Situation ist nicht leichter geworden. Überhaupt ist sie noch schwieriger geworden. Die schwierigen Zeiten bestehen jetzt vielleicht sogar in noch größerer Form.

Jetzt, wo die KPÖ das erste Mal Verantwortung trägt und tatsächlich die Gebühren aussetzen können haben wir die höchste Erhöhung, die wir jemals hatten. Es ist einmal ausgesetzt worden, weil man durchaus einmal dazu in der Lage war. Wir haben jetzt einen Nachholeffekt in einer Zeit, wo es noch schwieriger ist für die Bürgerinnen und Bürger. Es steht zum Beispiel in einer Petition, die Sie damals noch an Landeshauptmann Voves gerichtet haben, dass der demokratisch gewählte Gemeinderat den verantwortungsbewussten Umgang mit der Daseinsvorsorge gewährleisten soll, statt den Anstieg der Armut zu fördern. Ich halte fest, die KPÖ in der Regierung ist jetzt anscheinend dafür mitverantwortlich den Anstieg der Armut zu fördern, weil man diesen Gebührenstopp einfach nicht umsetzt, obwohl man könnte. Ja, ist so, ist schade, ist vor allem aber auch ein Zeichen dafür, dass man manchmal in der Zeit, wo man noch keine Verantwortung trägt, mit populistischen Forderungen Einhalt gebieten soll. Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Kahr:**

Ich möchte der Ordnung halber anmerken, dass wir seit wir in der Regierung sind und gemeinsam mit den Grünen und der Sozialdemokratie die Koalition bilden, im Jahr 2022 die Mieten nicht angehoben worden und sie sind auch in diesem Jahr bis 2026 nur maximal um 6% angehoben. 2022, als wir das erste Mal überhaupt die Möglichkeit gehabt haben, die Gebühren und Tarifierhöhung auszusetzen, ist es für alle Grazerinnen auch ausgesetzt worden. Also Müll-, Wasser- und Kanalgebühren. Bitte weitere Wortmeldungen. Bitte Herr Clubobmann Ehmann.

**Klubobmann Ehmann:**

Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kollegen der Stadtregierung, Damen und Herren, Kolleginnen und Zuseher im Livestream.

Ja, wir werden diesem Antrag auch zustimmen, deshalb, weil es in erster Konsequenz um eine Prüfung geht, weil wir ja noch gar nicht wissen, wie die Bundesmittel

tatsächlich auf Graz wirken werden. Das muss man sich anschauen.

Bei dieser Prüfung muss man aber auch mitbedenken, und das gebe ich den NEOS mit auf den Weg, die immer so auf die Einhaltung der Budgetdisziplin bestehen und diese einfordern, dass man sich das auch für die Folgejahre überlegen muss, denn eine Gebührenausssetzung kumuliert ja. Es ist ja nicht nur so, dass das in einem Jahr gilt, sondern das, was du in einem Jahr nicht einnimmst, das nimmst du im nächsten Jahr wieder nicht ein und im übernächsten Jahr wieder nicht. Das kumuliert sich hoch und bei 5 Millionen Euro sind das bis zum Ende der Periode 15 Millionen Euro. Das muss man auch mitbedenken bei der Prüfung. Ich hoffe, dass das der Bund dann auch in dieser Folge ersetzt. Aber wie gesagt, deshalb geht es ja in diesem Antrag um die Prüfung und werden wir zustimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall, darum darf ich die Antragstellerin ums Schlusswort bitten.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Liebe Gemeinderats Kolleginnen und Kollegen,  
mir geht es überhaupt nicht um parteipolitisches und wer, populistisch was will oder nicht will. Mir geht es darum, dass die Grazer entlastet werden im nächsten Jahr. Ich glaube, das sind wir alle dafür, denn wir alle wissen, dass es vielen sehr, sehr schlecht geht und dass sie jeden Euro dreimal umdrehen. Darum stehe ich hier und darum setze ich mich dafür ein. Ich würde mich freuen, wenn Sie mitgehen würden. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zur Abstimmung.



***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## 7.8 Schließung sämtlicher *Bundesasylquartiere in Graz*

*(GR Günter Wagner, FPÖ)*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum Antrag von Gemeinderat Wagner. Es geht um die Schließung sämtlicher Bundesasylquartiere in Graz.

Gemeinderat **Wagner**:

Eine große Anzahl an Asylanten trifft auf Österreich. Wenn wir die Bilder in Lampedusa sehen, können wir davon ausgehen, dass es leider eher eine negativere Entwicklung nehmen wird, anstatt eine positivere. Graz ist davon bisher nicht verschont geblieben und wird vermutlich auch nicht verschont bleiben. Die Auswirkungen für die Grazer Bevölkerung sind dabei allgegenwärtig. Bei Überfremdung in unseren Schulen, bei der Abnahme des Sicherheitsgefühls vieler Grazer zeigen sich die negativen Entwicklungen. Das wird durch die Politik der offenen Grenzen absolut begünstigt. Schockierend ist auch das Ergebnis, dass die Anfragebeantwortung unseres Nationalratsabgeordneten Hannes Amesbauer ergab, dass die Straftaten in Grazer Asylheimen im Vorjahr um über 140 Prozent angestiegen sind. Die Entwicklung ist nicht im Sinn vieler Grazer und man kann dieser Entwicklung entgegenwirken. Wer hat es in der Hand, wenn nicht der ÖVP-Innenminister Karner, der die Möglichkeit hat, sämtliche Asylquartiere des Bundes in Graz zu schließen? Da kommen kaum oder keine Daten. Aber bleiben wir beim Wort kaum, denn Ausnahmen bestätigen die Regel, wie wir es in Leoben gesehen haben. Der SPÖ-Bürgermeister und der Zusammenschluss vieler Parteien haben es möglich gemacht, dass die Asylunterkunft geschlossen wurde. Genau deshalb stelle ich im Namen der Freiheitlichen Partei folgenden

**DRINGLICHEN ANTRAG:**

Die Stadtregierung solle über Petitionswege an die Bundesregierung herantreten und im Namen der Stadt Graz die Schließung der Bundesasylquartiere fordern.

Ich bitte um breite Zustimmung. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Gemeinderat unverständlich.

Gemeinderat **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung.

Ich glaube jeder von uns kennt die Bilder in Italien, in Griechenland, in Spanien und die ganzen Menschenmassen, die mit Booten über das Meer kommen. Die meisten die einen realistischen Zugang zu dem Thema haben wissen, wir werden und können diese Massen nicht aufnehmen. Vielfach wollen wir das einfach nicht. Daher unterstützen wir die Dringlichkeit des Antrages auf jeden Fall. Kommen wir aufgrund der Befürchtung, dass es nicht zum Inhaltlichen kommen wird, kurz zum Inhalt.

Platz eins für die Einfallslosigkeit ist einmal mit Sicherheit gewonnen von dir, Günther. Wir sind alles durchaus konstruktive politische Kräfte und wenn konstruktive Anträge eingebracht werden, finden die normalerweise Mehrheit. Daher lassen bitte die dringlichen Anträge nicht mehr durch den Ferialpraktikanten und vielleicht auch noch durch den Schlechtesten schreiben, sondern machen wir ein bisschen ein Gesamtkonzept. Und genau das ist, was in diesem Antrag eigentlich fehlt. Ein Gesamtkonzept. Wo soll das hinführen, wenn man die Bundesasylquartiere in Graz schließt? Wir verlagern das Thema in andere Gemeinden. Null Wirkung für das gesamte Land. Und bevor du jetzt wieder damit beginnst, dass wir da vielleicht von der KFG zu lasch wären und zu weich wären, dann sage ich dir, wir durchdenken die Dinge nur besser. Und eines muss uns ganz klar sein, wenn wir uns das aussuchen könnten und

ein Vorbild an Ländern aussuchen könnten, dann könnte man durchaus Japan erwähnen. Da gibt es pro Jahr Asylwerberzahlen, die man an einer Hand abzählen kann. So weit brauchen wir aber gar nicht gehen. Wir könnten durchaus auch nur nach Dänemark schauen. Eine Ministerpräsidentin, Sozialdemokratin, die hat als Regierungsziel ausgegeben, wir möchten null Asylwerber haben. Aber, und das ist der Unterschied, was machen die? Die prüfen die nationalen Gesetze, die prüfen die internationalen Verträge, wo Stellschrauben existieren, dass wir auf rechtsstaatliche Art und Weise so ein Ziel oder zumindest ansatzweise solche Ziele erreichen können. Und genau deswegen ist unser Abänderungsantrag in dem Sinn so wichtig und ändert ihn vollkommen ab, im positiven Sinn, nämlich dass der Grazer Gemeinderat den Bund ersucht, den Petitionsweg, das Asylrecht und die geltenden nationalen und internationalen Vereinbarungen zu prüfen und im Sinne von diesem Motivtext auch abzuändern. Und wie gesagt, Günther, nicht böse sein, nicht mehr den Ferialpraktikanten schreiben lassen, dann funktioniert das das nächste Mal.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen?

Das ist nicht der Fall, dann kommen wir bitte zum Schlusswort zur Dringlichkeit.

Gemeinderat **Wagner**:

Da die Befürchtung besteht, dass wir es nicht schaffen, in dieser Sitzung überparteilich einen Zusammenschluss zu finden, werde ich die Chance noch zu nutzen. Wir sind sehr oft ähnlicher Meinung, auch wenn wir ab und zu unterschiedliche Lösungsansätze haben. Du beschreibst, dass es keine Lösung in dem Antrag gibt, da gehe ich überhaupt nicht mit, da habe ich eine ganz andere Meinung. Es ist natürlich eine Lösung enthalten, nämlich für die Grazer. Ich bin ja auch Grazer Gemeinderat. Wir suchen die anderen Lösungen auf anderen Ebenen, auf der EU-Ebene, auf der Bundes-Ebene und im Landtag. Ich werde weiterhin meine Anträge für Graz in Graz stellen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

***Die Dringlichkeit wurde abgelehnt (gegen KFG, FPÖ, Lohr).***

### **7.9 Reform der Richtlinie „Baustellenförderung“ für Grazer Betriebe: Treffsicher! Wirksam! Umfassend! Und Umbau Graz**

***(KO Karl Dreisiebner, Grüne)***

***(KO Michael Winter, KFG)***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zu den letzten beiden dringlichen Anträgen. Zuerst Clubobmann Dreisiebner und dann Winter.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, der Stadtregierung, sehr geehrte Grazerinnen und Grazer am Livestream. Kommen wir zu einem Thema, das uns wirklich alle betrifft.

Es geht um die Entwicklung dieser Stadt, um den Ausbau, um die Weiterentwicklung und die Zukunftsfähigkeit der Infrastruktur. Es geht um den Wirtschaftsstandort, es geht um die kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden.

Und ich freue mich, dass wir es Anfang dieses Jahres, anders als wir es heute teilweise gezeigt haben, gemeinsam eine Verbesserung der Baustellenförderungsrichtlinie erreichen konnten.

In der Summe bis zu €3.000 sollten Betriebe, die längerfristig von Baustellen betroffen

sind, gefördert werden. Inzwischen wissen wir, es sind hohe Summen in diese Förderung hineingegangen, es sind sehr viele Betriebe mit diesen €3.000 zu Recht gefördert worden.

Trotzdem gibt es allgemein und über alle Kreise hinaus Unzufriedenheit damit. Das hat wahrscheinlich mehrere Gründe. Die Gesamtlage ist schwierig, Mietkosten gehen hoch und Personalkosten steigen. Wareneinkäufe und so weiter stellen sich preislich anders dar und damit auch Endpreise. Sei es ein Kaffeehaus, sei es ein Dienstleister oder Dienstleisterin, sei es ein Handelsbetrieb. Es ist anders als es vor ein, zwei Jahren war. Das alles kann diese Baustellenförderung natürlich nicht abdecken, denn die doch sehr hohe Inflation, die uns alle quält und das damit verbundene Nachdenken bzw. die Skepsis beim Konsum und beim Einkauf oder bei der Entgegennahme von Dienstleistungen steht dagegen. Es soll wirklich jenen helfen, die entsprechend durch Zugangserschwerisse der Kundinnen zu ihren Geschäften betroffen sind.

Die wichtige Baustellenförderung gibt allen Geschäften, ob sie eine hohe Abhängigkeit von präsenten Kunden oder präsenten Kundinnen haben, oder eine geringere Abhängigkeit haben, die Möglichkeit, diese Förderung abzuholen.

Das wird auch korrekt abgewickelt. Wir denken aber, dass es zielführender wäre, statt dieser offenbar nicht ausreichenden Höchstsumme von €3.000 jenen Betrieben, vor allem in Erdgeschosslagen, die ja auch das Gesicht einer Einkaufsstraße unserer Innenstadtstraßen ausmachen, verstärkt zu fördern und jene Betriebe, die nicht auf den direkten und intensiven täglichen Kundenkontakt angewiesen sind, bei denen solle das in Richtung der Händlerinnen im Bereich Lebensmittel, Mode, Gastronomie, etc. gehen.

In Wien gibt es dazu ein gutes Vorbild, das eine höhere Fördersumme vor allem in Richtung näher Erdgeschosszone anschlägt. Und ich denke, dass man mit den Mitteln etwa €400.000 überschlagsmäßig zu den Geschäften in der Inneren Stadt bringen kann und, dass man mit der Summe jenen von mir genannten besonders gut helfen kann und anderen die nicht den Schaden erleiden diese Förderungen in der Regel so nicht bekommen sollen.

Wien im Zusammenhang mit der Wiener Wirtschaftskammer hat ein sehr gutes

Fördermodell seit 2018 laufen und das wäre ein Vorbild, das dementsprechend umzubauen und entsprechend auf die langfristigen Betroffenen mit ähnlichen Budgets wie dieses Jahr umzulegen.

Es geht hier ja um die Lebensqualität, wie ansprechend die Innenstadt ist, es geht natürlich um Arbeitsplätze, es geht um Selbstständige. Hier geht es auch um Personen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung, Herr Wagner und Winter. In diesem Sinne ersuche ich in der Form des euch vorliegenden

**DRINGLICHEN ANTRAGS:**

Den Herrn Stadtrat und die Abteilung Wirtschaft und Tourismus, die Richtlinie für die Baustellenförderung im Sinne des von mir Gesagten zu überarbeiten. Insbesondere hinsichtlich der maximalen Förderhöhe, sowie zielgerichtete Förderkriterien neu zu justieren, damit jene Betriebe und Branchen in Erdgeschosszonen besser unterstützt werden, da diese am stärksten von einer Baustelle, etc. betroffen sind.

Ein Vorschlag für eine solche treffsichere Richtlinie ist dem Gemeinderat spätestens bis zu seiner Sitzung im Dezember zur Beschlussfassung vorzulegen.

Weiters wird Herr Stadtrat Dr. Günther Riegler ersucht, mit der WKÖ, vor allem mit der Regionalstelle Graz und Steiermark, Gespräche zu führen, um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit, vergleichbar mit der Stadt Wien und deren WKÖ auszuloten. Ich ersuche um Annahme. Dankeschön.

***Originaltext des Antrages:***

*Der Gemeinderat beschloss in seiner Sitzung im Februar des Jahres einstimmig die derzeit geltende Baustellenförderung, um kleineren und mittleren Unternehmen zu unterstützen, die von länger andauernden Beeinträchtigungen und Störungen im Zuge von Bautätigkeiten betroffen sind, die durch die Stadt Graz bzw. die Holding Graz GmbH beauftragt wurden. Der Beschluss der Richtlinie für die Baustellenförderung 2023 war ein wichtiger Schritt, den die Stadt über alle Parteiengrenzen hinweg und i.S. einer budgetär vertretbaren Haushaltsführung für eine wirksame Unterstützung der*

*heimischen kleinstrukturierten Betriebe setzte.*

*Jetzt, nur wenige Monate später, ist jedoch aus den Kreisen der Unternehmer:innen zu vernehmen, dass die geltende Richtlinie für die Baustellenförderung mit einem Maximalbetrag von EURO 3.000,- insbesondere für Dienstleister:innen, Gastwirt:innen und Händler:innen in der Erdgeschoßzone nicht wirksam genug ist. Viele Betriebe aus den genannten Branchen, die über mehrere Monate von Baustellen und der damit zusammenhängenden Lärmentwicklung und Staubbelastung sowie durch erschwerte Erreichbarkeit betroffen sind, stellen einen oft deutlichen Frequenz- und Umsatzverlust fest. Verstärkt wird dieser Frequenzverlusten zu einem gewissen Anteil wohl auch durch die eine oder den anderen negativ tönenden Verstärker, welche sich im digitalen und analogen Schlechtmachen des Standortes immer wieder sehr aufgeregt und lautstark in Szene zu setzen versuchen. Diese Meinungs- oder besser Stimmungsmacher:innen vergessen in ihrem Überschwang an negativer Kritik leider, dass Baustellen wie die Neutorlinie notwendig sind, um eine Infrastruktur herzustellen, die für alle Menschen und natürlich auch für die Wirtschaft notwendig, zeitlich oft überfällig und zukunftsfähig ist.*

*Wichtig für uns als Gemeinderät:innen und für alle Stadtregierungsmitglieder ist jedoch, dass Betriebe, deren Umsätze an Kund:innenfrequenzen vor Ort gebunden sind, wie etwa ein:e Friseur:in, ein:e Gastronom:in oder ein:e Modehändler:in bei (Groß-)Baustellen der umfassenden Unterstützung bedürfen. Hingegen muss man sich die Frage stellen, ob Betriebe, die ihre Büroräumlichkeiten nicht im Erdgeschoß haben und deren Produkte und Dienstleistungen nicht physisch in Ladenlokalen gekauft oder konsumiert werden, tatsächlich denselben Förderbedarf haben. In der derzeit gültigen Richtlinie wird keine Unterscheidung getroffen.*

*Des Weiteren scheinen die Fördersummen zwischen Kurzzeitbetroffenheit von zwei oder drei Wochen im Vergleich zu einer monatelangen Betroffenheit zu wenig ausgewogen: denn für 14-tägige Baustelle gibt es mit € 500,- ein Sechstel jener Maximalförderung, die Betriebe erhalten können, die mehr als vier Monate, was in manchen Geschäftsfeldern einer ganzen Saison entspricht, betroffen sind.*

*Nach den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate sind nach unserem Dafürhalten jedenfalls diese beiden Eckpunkte der Förderrichtlinien zu überarbeiten. Für eine Überarbeitung der Richtlinie bietet es sich an, die sogenannte „U-Bahn-Bau Soforthilfe“ in Wien als Referenzprojekt heranzuziehen. Über die Wirtschaftsagentur Wien bieten Stadt Wien und WKO Wien gemeinsam ein attraktives Förder- und Unterstützungsmodell für die Wirtschaftstreibenden an :*  
[www.wko.at/service/foerderungen/U\\_Bahn\\_Bau\\_Soforthilfe.html](http://www.wko.at/service/foerderungen/U_Bahn_Bau_Soforthilfe.html)

*Die Förderungen sind in Wien deutlich höher als die in Graz derzeit möglichen EURO 3.000,-, sie sind jedoch auch an sehr klare Voraussetzungen geknüpft. So werden Unternehmen in der Erdgeschoßzone explizit bevorzugt, es muss der direkte*



*Zusammenhang mit der Baustelle nachgewiesen werden können (siehe Richtlinie, S. 5, Punkt 4.3. Beeinträchtigungskriterien) und schließlich muss jeder, um eine Förderung ansuchende Betrieb Mitgliedsbetrieb der Wirtschaftskammer sein.*

*Ich bin mir sicher, dass wir 2024 - auch mit einem ähnlichen Budget wie 2023 - eine Baustellenförderung-Neu entlang des Modells der Wirtschaftsagentur Wien darstellen können, mit einer umfassenderen, gerechteren und treffsicheren Förderung für die Hauptbetroffenen.*

*In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden*

### **Dringlichen Antrag**

- 1. Stadtrat Dr. Günter Riegler möge veranlassen, dass die Richtlinie für Baustellenförderung im Sinne des Motivenberichtes überarbeitet wird. Insbesondere soll eine Überarbeitung hinsichtlich der maximalen Förderhöhe sowie zielgerichteter Förderkriterien erfolgen, um jene Betriebe und Branchen in Erdgeschoßzonen besser zu unterstützen, die am stärksten von einer Baustellen-bedingten Abnahme der Kund:innenfrequenz betroffen sind. Ein Vorschlag für eine solche treffsichere Richtlinie ist dem Gemeinderat spätestens bis zu seiner Sitzung im Dezember zur Beschlussfassung vorzulegen.***
- 2. Weiters wird Stadtrat Dr. Günter Riegler ersucht, mit der WKO Regionalstelle Steiermark Gespräche zu führen, um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit - vergleichbar mit der U-Bahn-Soforthilfe der Stadt Wien und der WKO Regionalstelle Wien - auszuloten.***

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Gemeinderat Winter

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung!

Der Umbau der Stadt Graz in vielen Bereichen ist in vollem Gange. Wir und eigentlich jeder Bürger bekommt das tagtäglich mit. Wir haben eine große Anzahl an Baustellen. Wir haben natürlich dadurch folgend eine große Anzahl an Verkehrsbehinderungen

und natürlich empfinden viele diese Gegebenheiten, sowohl die Gewerbetreibenden, aber auch die Kunden, in vielen Bereichen unbefriedigend und durchaus auch als lästig. Dass über die Parteigrenzen hinweg dieses Problembewusstsein gegeben ist, beweist jetzt nicht nur der Antrag vom Kollegen Dreisiebner, sondern auch die letzten Monate haben immer wieder bewiesen, dass diese Themen im Rahmen von Dringlichkeitsanträgen im Gemeinderat eingebracht werden. Eines ist schon auffällig, weil wir auch die Abstimmungsergebnisse angeschaut haben, nämlich die Dringlichkeit ist im Prinzip immer mehrheitlich bzw. größtenteils mit Einstimmigkeit angenommen worden. Das Problembewusstsein existiert also. Inhaltlich haben sie sich natürlich unterschieden.

#### **DRINGLICHER ANTRAG:**

der aus fünf Punkten besteht, genau in diese Richtung, wie im Motiventext bereits erwähnt. Die fünf Punkte liegen im Detail vor Ihnen, inhaltlich fasse ich sie noch einmal zusammen.

Die Baustellenförderung hinsichtlich Neutorgasse bzw. Innenstadtentflechtung effizienter und treffsicherer zu gestalten. Punkt 2 ist die Baustellenkoordination im Rahmen einer zentralen Anlaufstelle. Punkt 3 ist die frühzeitige und bessere Ankündigung von Totalsperren und größeren Baustellen. Punkt 4 ist ein klares Bekenntnis zu unseren Gewerbetreibenden und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Graz. Punkt 5 ist die Erarbeitung eines Konzepts, wie die Innenstadt wieder belebt und attraktiver für Kunden gemacht werden kann.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine breite Zustimmung und bedanke mich bereits im Voraus. Wir brauchen in vielen Bereichen eine Verbesserung. Dieser ganze Umbau der Stadt Graz muss in vielen Bereichen besser gemanagt, besser geregelt werden. Es gibt aus der Vergangenheit durchaus Negativbeispiele, beispielsweise die Ibererstraße in Gösting. Das hat in diesem Bereich große Probleme verursacht, sowohl für die Anrainer als auch für die Pendler. Ein weiteres Negativbeispiel ist die Peter-Tunner-Gasse die 2024 gesperrt wird. Auch die Baustellen in Andritz und vor allem die

Baustelle in der Neutorgasse sind große Probleme. Teilweise sogar mit Totalsperren oder Großprojekten, die sowohl den Gewerbetreibenden als auch den Kunden Probleme bereiten. Was fehlt, ist eine zentrale Anlaufstelle, die die Bürger umfassend und rechtzeitig informiert. Vielleicht könnten auch Transparente oder Plakate helfen, um bereits im Vorhinein über Sperrungen und Bauarbeiten zu informieren. Wir brauchen Gesamtkonzepte, die sowohl für Pendler als auch Gewerbetreibende verträglich sind. Es ist wichtig, dass alle Beteiligten vollumfänglich informiert werden, um die Baustellenförderung effizienter gestalten zu können. Der Schaden ist teilweise schon angerichtet, daher wird es auch notwendig sein, gerade für die Innenstadt, eine Wiederbelebung durchzuführen und entsprechende Konzepte auszuarbeiten.

**Originaltext des Antrages:**

*Bereits seit einiger Zeit beschäftigt die Bevölkerung sowie viele Wirtschaftstreibende der Umbau der Stadt Graz. Auch seitens der Politik wurde versucht durch diverse Dringlichkeitsanträge in verschiedenen Sitzungen Akzente zu setzen. Dazu zählen Anträge der ÖVP und der Grünen aus den Sitzungen vom März und Juni 2023, aber auch bereits letztes Jahr war die innerstädtische Mobilität und ihre Auswirkungen Thema im Gemeinderat. Trotz dieser und anderer Initiativen sind Verbesserungen im Bereich der Bautätigkeiten und ihren Auswirkungen vermeintlich noch in weiter Ferne. Es scheint als ob in der laufenden Gemeinderatsperiode besonders viele Projekte ihre Umsetzung finden. Zu den bereits davor beschlossenen und terminlich fixierten Projekten kommen noch meist vermeintliche Nebenschauplätze wie Fahrradstraßen, Begegnungszonen usw. hinzu. Dies führt jedoch zu massiven Verlagerungen von Verkehr in Seitengassen und Ausweichrouten werden zusätzlich verstopft. Vor allem vormals eher ruhige und aufgrund der Lage verkehrsberuhigte Gegenden werden durch fehlende Gesamtkonzepte besonders belastet. So geschehen durch die Sperre der Unterführung Ibererstraße. Weitere langandauernde Totalsperren drohen durch das Projekt Peter-Tunner-Gasse sowie durch den Bau weiterer Unterführungen. Nicht zu vergessen die Baustelle der Innenstadtentflechtung mit der Neutorgasse und weiteren für die Bevölkerung oft überraschenden Baustellen in Andritz und anderen Bezirken. Hier braucht es eine zentrale Anlaufstelle, die den Informationsfluss in Richtung der Betroffenen sicherstellen kann. Außerdem sollen Baustellen so koordiniert werden, dass sich Auswirkungen auf die Bevölkerung nicht multiplizieren. Bei Totalsperren und „Großbaustellen“ sollen zudem Infokampagnen umgesetzt werden. Zum Beispiel können Plakate vor Ort als Ankündigung angebracht werden, sodass seitens der Bevölkerung frühzeitig auf Sperrungen und Baustellen reagiert werden kann. Dass diese*

*Bauprojekte je Standpunkt durchaus ihre Berechtigung haben, steht außer Frage. Jedoch muss auf Grund der Vielzahl an Baumaßnahmen besonders auf die Verträglichkeit mit den täglichen Wegen der Grazer und Pendler Rücksicht genommen werden. Denn der MIV wird nicht mit dem ersatzlosen Streichen von Parkplätzen und Totalsperren reduziert werden. Statt die Grazer Bevölkerung ständig in die Pflicht zu nehmen, sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den Pendlerverkehr in und aus dem Umland zu reduzieren. Nämlich so zu reduzieren, dass wirkliche Alternativen geschaffen werden. Dies passiert aktuell nicht im notwendigen Ausmaß und nicht mit der notwendigen Verantwortung der Stadt zum Beispiel in Verbindung mit Projekten der ÖBB bzw. GKB. Hier muss die Stadt ihrer Verantwortung gerecht werden und nicht noch abgeben. Seite 2 von 2 Zu den Herausforderungen der Bewohner, die täglichen Wege zu bewältigen, kommt noch der wirtschaftliche Aspekt für jeden einzelnen betroffenen Wirtschaftstreibenden, sowie für den Standort Graz an sich. Speziell in der Neutorgasse müssen im Sinne der Gewerbetreibenden und deren Mitarbeitern die Karten auf den Tisch gelegt werden und klar definiert werden, in welche Richtung die Entwicklung gehen wird. Nur so können Entscheidungen betreffend den Standort getroffen werden und Fördermittel gezielt eingesetzt werden. Die Fördermittel für betroffene Betriebe müssen zudem auf sichere Beine gestellt werden und Regeln zur sinngemäßen Verwendung ausgearbeitet werden. Betriebe, die von Laufkunden abhängig sind, sollen die Möglichkeit haben, zusätzliche Fördermittel zu beziehen. Auch in der angrenzenden Raubergasse befinden sich Geschäfte, die massiv betroffen sind und nicht ausgenommen sein dürfen. Hier gilt es ein klares Bekenntnis zu den bestehenden Betrieben abzulegen und die Baustellenförderung möglichst rasch und treffsicher umzugestalten und neu zu dotieren. Um auch in Zukunft die Innenstadt zu beleben, soll in einem Pilotprojekt ein Konzept zur Belebung, der durch die Baustelle besonders betroffenen Straßen, ausgearbeitet und umgesetzt werden. Kleine Maßnahme wie kostenlose Werbung in den Grazer Öffis, verlängerte Einkaufstage mit Gutscheinkaktionen, oder auch Geldzurückaktionen bei Vorlage einer Rechnung von definierten Geschäfte sind dabei nur wenige Beispiele.*

*Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

### **Dringlichen Antrag**

**(gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz)**

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

- **Die zuständigen Stellen mögen ehestmöglich Regeln zur sinngemäßen und treffsicheren Verwendung der Baustellenförderung, im speziellen betreffend die Neutorgassenbaustelle/Innenstadtentflechtung erarbeiten und eine Ressortunabhängige bzw. übergreifende Prüfung der möglichen Höhe der Fördermittel durchführen.**

- **Bezugnehmend auf die Baustellenkoordination soll geprüft werden, ob für Bürger grazweit eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet werden kann.**
- **Bei Totalsperren und „Großbaustellen“ soll geprüft werden, ob es an betreffender Stelle frühzeitig unterschwellige Hinweise und Ankündigungen zu bevorstehenden Behinderungen geben kann, bzw. großflächige Kampagnen eingerichtet werden können.**
- **Die Stadt Graz bekennt sich zum Wirtschaftsstandort Graz und den bestehenden Wirtschaftstreibenden als wichtiges Standbein für zukünftige Entwicklungen im Bereich Infrastruktur, Umweltschutz, Bildungsstandort und sämtlichen weiteren Bereichen.**
- **Die zuständigen Stellen werden mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Belebung der Innenstadt, beginnend mit den betroffenen Straßen rund um die Neutorgasse, unter Einbindung der Wirtschaftstreibenden und dem in Ausarbeitung befindlichen Marketing Konzept beauftragt.**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wünscht jemand das Wort? Wenn nicht stimmen wir ab.

**Der Dringlichkeit Klubobmann Dreisiebner wurde einstimmig angenommen.**

**Der Dringlichkeit von Gemeinderat Winter wurde einstimmig angenommen.**

Wir kommen nun zu den Wortmeldungen. Bitte Herr Stadtrat Riegler.

Stadtrat **Riegler**:

Ich möchte eingangs einmal so anfangen, dass ich die Dringlichkeit durchaus gegeben sehe. Deswegen arbeite ich schon seit einigen Monaten in der ständigen Evaluierung dessen, wie die Baustellenförderung bisher war. Denn so einfach ist es heute leider nicht. Übrigens haben die Kollegen von den Grünen, mit uns gemeinsam in der Bundesregierung zwei schwere Covid-Jahre förderungstechnisch abwickeln müssen. Gerade du, lieber Karl, müsstest wissen, dass es natürlich immer das Problem gibt zwischen Spezialisierung versus Gießkanne. Du erinnerst dich, im ersten Corona-Jahr hat man eine sehr spezielle Anforderung gestellt und dann hat es im November noch

immer die Klagen im Fernsehen gegeben. Der Trafikant X oder Y hat immer noch seinen Fixkostenzuschuss nicht bekommen. Im Jahr darauf hat die Bundesregierung dann die Gießkanne gemacht, nämlich Umsatzerersatz. Prompt kam dann der Vorwurf, das sei zu sehr Gießkanne und eigentlich nicht genau an der Notwendigkeit treffend. Warum sage ich das? Weil wir natürlich bei einem Fördermodell wie der Baustellenförderung immer mehrere Möglichkeiten haben, wie wir es gestalten. Eine Frage war zum Beispiel nur Sockel-Zone oder auch Obergeschoss. Das haben wir im Februar argumentiert, da haben wir gesagt, dass es durchaus sein kann, dass es im Obergeschoss Unternehmer gibt, die Beeinträchtigungen erleben. Sei es durch Wärme, sei es durch Schmutz, sei es dadurch, dass Leute nicht ins Geschäft reinkommen. Das heißt, wir haben uns ganz bewusst - übrigens wir als Gemeinderat - dazu entschlossen, bei der Förderrichtlinie zu sagen, nicht nur Sockel-Zone, sondern auch Obergeschoss. Zweite Frage ist, was ist jetzt das geeignete Kriterium? Hier, liebe Freunde, ist es nun ganz, ganz schwierig. Denn natürlich könnte man sagen, derjenige, der einen nachweislichen Umsatzeinbruch, eine Umsatzeinbuße erleidet, möge unterstützt werden. Das hieße aber dann, dass man eine relativ aufwendige Prüfung vorschalten muss, bevor man eine Förderung auszahlen kann. Man muss dann natürlich zuerst einmal kontrollieren und erheben, welches Unternehmen in welchem Ausmaß tatsächlich glaubwürdige Umsatzeinbrüche hat. Wir haben uns ganz bewusst für ein weiches Kriterien-Setting entschieden und haben gesagt, wer entweder durch die Baustelle in seiner Kundenfrequenz beeinträchtigt ist oder im Umsatz oder auch einfach durch Schmutz und Lärm beeinträchtigt ist, möge berechtigt sein, eine Förderung von bis zu € 3.000 zu beantragen. Wir haben es also bewusst weich gehalten. Tatsächlich ist es so, dass es natürlich jetzt auch Unternehmer gibt, die sich möglicherweise schwer tun werden, nachzuweisen, dass sie tatsächlich Umsatzeinbuße haben, wenn es irgendeine Vermögensverwaltungs- oder Lebenschaftsverwaltungsgesellschaft ist.

Der dritte Punkt ist die Höhe der Entschädigung. Da muss ich sagen, finde ich den Move ein bisschen cool von euch, weil ich mit meiner Fraktion im Mai und im Juli zweimal ein Wiener Modell vorgeschlagen habe, mit bis zu € 10.000 Mietunterstützung. Bitte

gestattet mir, dass ich das vielleicht ein bisschen überziehe, aber es gibt einen Trafikanten in der Kalchberggasse, der zahlt € 1.000 im Monat miete. Für den ist jetzt seit einem Jahr Pause, da ist kein Geschäft, da findet nichts mehr stattfindet. Die Leute von der unteren Kalchberggasse über die Neutagasse gehen, kommen nicht gleich drüber, weil es keinen Wegweiser gibt, weil alles miteinander zum Stillstand gekommen ist. Dem hätte ich sehr gerne mehr als € 3.000,00 gegeben, weil für den € 3.000,00 drei Monatsmieten sind, in denen ich ihm helfen kann.

Deswegen bin ich zu euch gekommen, habe im Mai oder im Juli mit meiner Fraktion den dringlichen Antrag gestellt, mit der Bitte: machen wir ein Wiener Modell. Leider wurde das zweimal von der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Jetzt kommen Sie mit einem dringlichen Antrag an und sagen: "Naja, also da haben sie sich jetzt auch wirklich nicht bemüht, das haben sie jetzt nicht besonders geschickt gemacht und da sind halt vielleicht auch Fehler passiert und deswegen machen sie jetzt einmal ein gescheitertes Baustellenförderungssystem." Das Allerbeste ist, zusätzliches Budget kriege ich aber trotzdem nicht. Bis heute habe ich von dir Judith, von dir Elke, von dir Manfred keine klare Antwort bekommen. Ich darf euch sagen, was das Wiener Modell kosten wird. Wir haben das natürlich durchgerechnet und nicht erst seit gestern, sondern schon seit ein paar Tagen.

In der Phase 2, also in der Phase, wo wir dann die nächste Phase, nächstes Jahr und übernächstes Jahr erreichen, werden 56 Unternehmer betroffen sein und in der Bauphase 3 werden 30 Unternehmen betroffen sein. Also insgesamt können wir davon ausgehen, dass wir ca. 150 Unternehmerinnen haben werden, die jetzt über diese drei Jahre direkt oder indirekt betroffen sind. Wir haben uns durchgerechnet, was es kostet, wenn wir einen Mietkostenzuschuss von maximal € 10.000 nach dem Wiener Modell gewähren. € 560.000. Wisst ihr, wie viel ich jetzt noch habe? Genau noch ca. € 60.000 für den Rest des Jahres. Das werde ich entweder mitnehmen ins nächste Jahr oder es kommen noch Anträge. Ich kann euch aber schon sagen, dass wir nur für dieses Modell sicherlich über € 1.000.000 brauchen werden. In der Phase 3 werden es noch einmal € 300.000 sein.

Vielleicht ist jetzt der Moment gekommen, wo ihr endlich über den Schatten steigen

könnt und sagen könnt, okay gut, dann geben wir dem Riegler für das nächste Jahr € 1.000.000 extra für Baustellenförderung und vielleicht auch für begleitende Maßnahmen.

Zum Beispiel hast du, liebe Judith, im Baustellenbudget 10% Unvorhergesehenes eingeplant. Das Unvorhergesehenes ist bisher noch nicht eingetreten. Also es müssten sicherlich im Budget der Baudirektion ein paar Millionen drinnen sein, die man vielleicht auch für so eine Baustellenförderung verwenden kann.

Danke für das Überziehen. Es war mir wichtig, dass ich das kurz einmal erklären darf. Dankeschön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich glaube, dass es manchmal sinnvoll ist, ein Argument auch gut darbringen zu können. Ich habe da nicht so ein Problem damit. Bitte Herr Gemeinderat Stücklschweiger.

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtssenat, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und an den Endgeräten.

Ich kann mich jetzt dankenswerterweise sehr kurzhalten, weil der Günter meinen Motiventext so gut vorgetragen hat, das kann ich gar nicht besser machen.

Er hat von einem Maßnahmenpaket gesprochen, das er schon im Juni vorgeschlagen hat, betreffend der ganzen Baustellenthematik und die Koalition um Unterstützung gebeten. Ich würde jetzt nur gerne noch die Möglichkeit nutzen, dieses Maßnahmenpaket im Detail vorzulesen, damit wir auch alle wissen, um was es geht und dann dazu einen Zusatzantrag zum dringlichen Antrag einbringen.

Es wird ein Mietkostenzuschuss erwähnt. Hier geht es um den Mietkostenzuschuss von Großbaustellen wie der Innenstadt-Entlastungsstrecke. Dort beeinträchtigte Unternehmen sollten mit einem Mietkostenzuschuss in der Höhe von 50% gedeckt und



mit maximal € 10.000,00 pro Jahr unterstützt werden. Von der Innenstadt-Entlastungsstrecke inklusive der Nebengassen sind und werden rund 200 Unternehmen betroffen sein. Geschätzter Budgetbedarf € 2.000.000 pro Baustellenjahr.

Es sollen Investitionen gefördert werden. Investitionen von Betrieben, die von Großbaustellen wie in der Innenstadt und der Entlastungsstrecke betroffen sind. Diese werden auf etwa 80% gedeckt und mit € 7.000 pro Jahr gefördert. Der Budgetbedarf beträgt € 400.000 pro Jahr.

Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel sollte am 1. Samstag jedes Monats kostenlos sein. Der Budgetbedarf dafür wird aus den Erfahrungen der früheren Advent-Bim-Aktionen mit rund € 500.000,00 abgeschätzt.

Außerdem wäre in dem Maßnahmenpaket eine Stunde gratis parken in der blauen Zone vorgesehen.

Der vorletzte Punkt sollten Parkgaragentickets sein. Es wird quasi um die Erarbeitung und Unterstützung eines Gutscheinkonzepts für das kostenfreie Parken während einer Stunde in der Tiefgarage nach Einkauf oder nach Konsumation in den betroffenen Geschäften oder Lokalen gebeten. Bei der Baustellenförderung, die für die Befriedigung der aktuellen Ansprüche verwendet wird und unter Einbeziehung der noch zu erwarteten Anträge wird ein weiteres Budget erforderlich sein.

Im Namen des Gemeinderatsklubs der Grazer Volkspartei stelle ich daher den folgenden

**ZUSATZANTRAG:**

Frau Bürgermeisterin Kahr, Frau Vizebürgermeisterin Schwentner und Herr Stadtrat Eber werden mit ihren zuständigen Stellen beauftragt, mit dem Wirtschaftsstadtrat Riegler gemeinsam in Verhandlungen, betreffend die Zurverfügungstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für das Wirtschaftsresort zu treten und raschestmöglich die Beschlussfassung des vorgeschlagenen Maßnahmenpakets zur Unterstützung von den von Großbaustellen betroffenen Unternehmen im Gemeinderat zu ermöglichen. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als nächstes Frau Gemeinderätin Katzensteiner, dann Herr Gemeinderat Kozina-Voit und dann Herr Gemeinderat Hackenberger.

Gemeinderätin **Katzensteiner**:

Ich möchte den Kollegen Winter und Kollegen Dreisiebner sehr danken, dass sie sich in der Arbeit gehalten haben. Es ist natürlich die beste Unterstützung, die Unterstützung ohnehin der laufende Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Investitionen in die Infrastruktur und eine Attraktivierung der Innenstadt. Es ist langfristig die beste Unterstützung natürlich für die Wirtschaft. Nichtsdestotrotz ist aber jetzt natürlich eine akute Unterstützung notwendig. Es sollte dann auch noch zusätzliche Mittel aus dem Budget der Bürgermeisterin geben. Zusätzliche Mittel sind natürlich auch wichtig, dass man die Förderung im Rechtlichen gestaltet, dahin gehend, dass man nicht allem jetzt gleich viel austeilt, sondern schaut, welche Branchen sind eigentlich stark davon betroffen. Die Kunden der Vermögensverwaltung fahren vermutlich nicht zweimal die Woche mit dem Auto hin und haben ihre Goldbarren dort liegen. Ja, von dem her stimmen wir auf jeden Fall dem Antrag von Karl Ziegler zu. Wir werden auch dem Antrag von Kollegen Winter dazu stimmen, den Punkten zwei bis 5, weil unserer Meinung nach der erste Punkt ohnehin schon sehr gut präzisiert ist, im Antrag der Grünen beziehungsweise da auch die Möglichkeit offensteht, weitere Stämme zu schaffen. Es ist ganz klar natürlich, dass das im Wirtschaftsressort dementsprechend zu überarbeiten und zu lösen ist. Wir sind auf jeden Fall dafür, die vorhandenen Mittel zielsicher und effektiv einzusetzen. Danke.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Wir haben es ja, dass wir uns die Anliegen und Beiträge an die Anliegen, perfekt ist, wir haben gern, wir schauen jetzt auch bei den Wirtschaftsförderungen, wie die gestaltet sind, und da werden wir halt auch nachbessern müssen in irgendeiner Art und Weise. Die Zahlen, die der Herr Stadtrat Riegler jetzt genannt hat, sind mir nicht ganz klar,

warum das 56 Unternehmen die in nächster Zeit betroffen sind, weil die Tegetthoffbrücke saniert wird. Vielleicht kann man sich das einmal in den Details anschauen. Aber letzten Endes geht es um eine Verbesserung, um eine treffsicherere Maßnahme, um treffsicherere Förderungen. Ich denke, es ist sehr gut, wenn wir da alle konstruktiv agieren im Interesse der Bürger und Gewerbetreibenden. Es gibt ja die Bereitschaft der Stadtsenats und die Kollegin Katzensteiner hat es eh schon gesagt, wir können da auch den meisten Punkten vom Kollegen Winter zustimmen. Also wir haben den ersten Punkt, über die Außen Bund, wenn unser Antrag meiner Meinung nach präziser ist, zu den anderen Punkten Baustellenverhältnis gibt es innerhalb der Straßenamtes, da kann man vielleicht schauen, wie man das auch nach außen noch besser zusammenlaufen lassen kann. Zum dritten Punkt, sozusagen zum Antrag zu den Kampagnen, ja, da ist sicher auch noch was möglich, bei der Neutorgasse wurde das ja zum Teil auch schon gemacht. Also dort gibt es jetzt auch solche Plakate, die man sieht. Zum vierten Punkt dieses Bekenntnis ist in der Wirtschaftsstrategie, aber das kann man hier auch noch einmal betonen und was zum fünften Punkt vielleicht spannend ist, wir wissen auch schon von den ersten Unternehmen, die jetzt ganz bewusst in der Neutorgasse Flächen kaufen oder mieten, weil sie einfach wissen, dass dort in Zukunft viel mehr Busverkehr, viel mehr Radverkehr sein wird, die Geldtaschendichte wird viel höher sein als davor, und dementsprechend werden sie ihre Geschäftsflächen dorthin verlegen. Ja, insofern, was das Konzept betrifft, auch da gibt es ein Konzept für die ganze Neutorgasse, und nicht nur für die Neutorgasse geprüft wird!

Gemeinderat **Hackenberger**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtsenat, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und an den Endgeräten. Ich beziehe mich auf die Äußerung des Herrn Stadtrat Rieger, die mich als sprachlos gemacht hat, dass er das Beispiel des Praktikanten in der Kalchberggasse der 1000 Euro Mietzins zahlen muss und dringend Ersatz von der Stadt Graz braucht. Es ergibt sich für mich, dass die Wirtschaftsabteilung bzw. ihr Verfahren augenscheinlich überhaupt nicht über die Frage nachgedacht hat,

ob man nicht eine Beratung der Mieter, die betroffen sind, vornimmt und ihnen die Last der Miete weitgehend abnehmen kann. Denn wie Ihnen sicherlich bekannt sein wird, ist es ja so, dass ein Mieter Mietzinsminderungsansprüche geltend machen kann, auch dann, wenn der Einbruch im Geschäftsgang nicht vom Klärmieter verschuldet ist. Dafür gibt es in Wien aus dem U-Bahn-Bau eine ganze Judikaturlinie, die sehr einfach zum Nachlesen ist. Ich verwahre mich und verwehre mich dagegen, eigenes Geld der Gemeinde beim Fenster rauszuwerfen, wenn man es sich woanders holen kann. Also, ich frage mich, wo ist Ihre Beratungskompetenz geblieben, oder haben Sie uns schlicht und einfach etwas anderes erzählt?

Wenn Sie den Mieter in der Kalchberggasse beraten hätten, dann hätte er nämlich die Tausend Euro nicht von der Stadt Graz ersetzt bekommen müssen. Im Übrigen werden wir dem Antrag entgegenkommen.

**Stadtrat Riegler:**

Herr Dr. Hackenberger, wenn Sie das schon sprachlos macht, dass ich meine Beratungskompetenz nicht gut ausgeübt hätte, glaube ich, ich kann das schon. Wir haben in der Corona-Pandemie am ersten Tag des beabsichtigten Lockdowns bereits beschlossen, dass wir selbstverständlich den Grazer städtischen Mietern entgegenkommen werden und ja, wir haben damals sehr genau überprüft, wie denn die Rechtslage genau ist und ich glaube nicht, dass der Fall, den wir hier jetzt vorliegen haben, einschlägig ist.

Ich würde auf jeden Fall einem kleinen Unternehmer, der gerade einmal zehn Quadratmeter Geschäftsfläche hat, nicht raten, dass er jetzt einen Anwalt nimmt und gegen seinen Vermieter prozessiert, um eine Mietzinsminderung zu erreichen. Ich finde es wohl gescheiter, dass die öffentliche Hand, die eine wichtige Baustelle macht, dann eben auch demjenigen unter die Arme greift. Also, so eindeutig, wie Sie jetzt tun, Herr Dr. Hackenberger, ist die Rechtslage nicht, das macht mich jetzt sprachlos. Dann haben Sie offenbar jetzt eine gewisse rechtliche Kenntnislücke, denn wenn überhaupt, müsste dann schon der Vermieter selbst möglicherweise auch in seinem Bereich die

Ursache dafür legen, dass das Geschäft schlecht nutzbar ist. In Wahrheit ist es hier überhaupt nicht eindeutig, und ich würde einem kleinen Unternehmer aber danke für den Tipp nicht raten, dass er jetzt gegen seinen eigenen Vermieter Rechtsstreitigkeiten anfängt.

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Das ist definitiv so. Die Rechtslage ist vollkommen eindeutig. Es tut mir leid, wenn Sie sich die Sachen, über die Sie da entscheiden, offensichtlich nicht anschauen. Aber wenn Sie das getan hätten, dann wüssten Sie, dass seitens des, nein, es ist kein Risiko, dann wüssten Sie, dass auf Seite des Vermieters keinerlei Verschuldung vorliegen muss. Es gibt, wie gesagt, sicher 30 oberstgerichtliche Entscheidungen zum U-Bahn-Bau in Wien, und jeder Mieter hat nach 1996 ABGB das ihm gar nicht abzuverhandelnde Recht, die Miete herabzusetzen, wenn sein Mietobjekt nicht vollwertig nutzbar ist. Das ist die Rechtslage. Und da diskutieren wir mit Ihnen sicher nicht, Herr Stadtrat.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich kann das nur bestätigen, wir machen das 20 Jahre lang. Ich wollte nur Sie aufmerksam machen, Herr Stadtrat, es ist die vierte Wortmeldung. Nachberaten hat, ob jemand von der Fraktionslos darüber sprechen möchte. Aber ich würde gern eine tatsächliche Berichtigung haben.

Stadtrat **Riegler**:

Herr Hackenberger, okay, Sie sagen es heute so. Tatsache ist, dass der Vermieter zu Recht sagen wird, dass die Kalchberggasse selbst ja nicht beeinträchtigt ist. Der Vermieter wird sagen können, ja, aber man kann ja locker vom Universalmuseum Joanneum vom Innenhof zugehen, man kann selbstverständlich auch weiterhin vom Amtshaus Schmidgasse zugehen. Also, Herr Hackenberger, das ist sich aber mit der Lokalgeographie nicht ganz vertraut. Weil das kann ich Ihnen mit Sicherheit garantieren, dass es nicht empfehlenswert wäre, in solchen Fällen das Erste, was wir so

prozessieren können. Das können Sie vielleicht machen, davon haben Sie gelebt, das höre ich und frage ich für Sie, aber das ist in diesem Fall mit Sicherheit rechtlich nicht gescheit.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte Herr Pointner.

Gemeinderat **Pointner**:

Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Für mich als quasi neutralen Beobachter war das jetzt ein klassisches Beispiel von Parteien-Hick-Hack, vom Bedienen auch von Befindlichkeiten, Eitelkeiten. So geht der ganze Prozess. Ich kann jetzt auch vorzeigen, was wir am 15. Juni gemacht haben, was angenommen wurde. Da steht auch, Herr Kollege Dreisiebner, Sie haben sehr gut Copy and Paste gemacht, U-Bahn Soforthilfe usw., Zukunftsinvestitionen, wunderbar gut geklaut, ist besser als schlecht selbst erfunden. Johann Sebastian Bach hat sogar von sich selbst geklaut, das heißt, eine Parodie sogar. Ich bin froh, wenn jetzt vielleicht wirklich etwas vorangeht und wenn der Stadtrat nicht zu sehr leidet unter den ganzen Beauftragungen und wir endlich etwas weiterbringen. Deshalb stimmen wir auch wieder zu, obwohl wir es im Juni schon abgestimmt haben und wieder auf dem Rücken der Grazer, der Grazerin und der Grazer drei und mehrere Monate verlieren.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen, Herr Pascuttini bitte.

Gemeinderat **Pascuttini**:

Ich möchte auch noch kurz äußern zu dieser aufgekommenen Rechtsfrage vorhin. Man muss schon sagen, der Herr Dr. Hackenberger hat vollkommen Recht, wenn er sagt, die Verschuldensfrage auf Seiten des Vermieters. Diese ist ganz klar in der Judikatur erkennbar, dass es kein Verschulden geben muss. Ich gebe ein einfaches Beispiel. Wir haben in einer Wohnung gewohnt, da sind plötzlich Pharaoameisen aufgetaucht. Dafür

kann der Vermieter nichts, er hat aber vor dem Bezirksgericht West-verloren Er ist nicht daran schuld, aber trotzdem steht die Mietzinsminderung zu. Beim Kollegen Stadtrat Riegler frage ich mich, wie viel dann tatsächlich Mietzinsminderung zusteht. Das ist die Frage, denn wie viel Selbstgewicht ist er in seinem Einkommen gemindert, oder wie sehr ist diese Trafik jetzt nicht benutzbar, das ist die unklare Frage. Deswegen sage ich, so eindeutig ist die Rechtslage nicht, was das Verschulden betrifft. Aber vielleicht ficht das jemandem aus und das würde mich dann freuen, dann könnten wir unser Pro-Seminar in ein paar Monaten fortsetzen. Jetzt vielen Dank, vielleicht ein paar Anmerkungen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Jetzt haben wir uns Fachlich ausgetauscht. Getrennte Abstimmung ist erwünscht, Klubobmann Dreisiebner, danach Gemeinderat Binder und Gemeinderat Stücklschweiger.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Was uns ja auch sehr wichtig war, war die Rolle und die Zusammenarbeit der Stadt mit der WKO, also die Rolle der WKO und die Zusammenarbeit der Stadt mit der WKO. Diese ist mit Verlaub offenbar defizitär, und ich führe jetzt keine juristischen Gutachten ins Rennen, sondern ich erinnere mich einfach an Zeitungsschlagzeilen, an Social Media Darstellungen. Man kann, wenn man nach Wien schaut, wahrscheinlich auch in andere Bundesländer schaut, eine andere Rolle der Wirtschaftskammer wahrnehmen. Das heißt, teilweise in die Förderungsevaluierung, in die kreative Beratung, Mitgestaltung von Förderschienen mit einzuschreiben und nicht davon schreiben lassen, dass ich nicht weiß, wie viel Prozent vorhaben, die Innenstadt zu verlassen oder was auch immer. Ich kann einen Standort stärken, und das würde ich mir von einer WKO Regionalstelle Graz genauso erwarten, wie ich es mir von allen Mitgliedern des Gemeinderates und der Stadtregierung erwarte. Ich danke auch allen dafür, die das tun. Oder ich kann das halt ein Stück weit schwächen. Ich würde mir wirklich wünschen, lieber Günter Riegler, dass du genau diesen zweiten Punkt des

Antrags neben dem ersten und nicht immer auf 10.000 Euro als Höchstsumme zu gehen, sondern einfach einmal versuchst, ein Modell zu entwickeln, das wirklich hilft, das zielgerichtet hilft, das vielleicht auch noch Ausnahmen zulässt, die begründet nicht hineinkommen können, weil das Geschäft nicht in der Erdgeschosszone liegt. Aber ich fürchte irgendwie, du verbreitest zum Beispiel Zahlen, das waren dann 80 oder 50 Unternehmen betroffen im nächsten und übernächsten Jahr, ja auf welcher Basis ist das wieder die Basis der jetzigen Förderkriterien oder ist das eine andere Basis? Sprich, Erdgeschosszone, hohe Kundenfrequenz, Bedarf für den Erfolg des Unternehmens und der Tatsache des Umsatzes etc. Nochmal ganz kurz zur WKO zurück. Ob jetzt eine Mietzinsreduktion und in welchem Ausmaß möglich ist, das würde ich mir ja gar nicht wünschen, dass man Hackenberger, Pascuttini oder wie die Juristen hier im Haus alle heißen, wenn ich jetzt vergessen habe, bitte um Verzeihung, aber ihr Zwei habt dazu Wort gegeben. Das würde ich als Kernsichtlich gelten, wenn ich den Landrat einer Wirtschaftskammer sehe, dass nämlich aktiv auch solche Möglichkeiten hinweist, die Beratung anbietet. Das würde ich mir alles wünschen, neben dem aktiven Beistehen, zum Beispiel bei der Informationspolitik und Marketingpolitik. Es geht nicht immer darum, dass irgendwer Geld auch noch in die Hand nimmt, sondern dass man das auch positiv vermittelt, positiv verbreitet, und das fehlt ein Stück weit. Dafür kann hier im Hause gar niemandem etwas, aber ich denke, die Leidtragenden, die jetzt gemeint sind, es läuft in anderen Bundesländern oder zumindest in Wien etwas anders, und ich freue mich, dass das auch anders aufgesetzt wird. Danke für die Unterstützung. Und schlussendlich vielleicht noch eines: Wir sollten mehr und stärker darüber erzählen, was das in der Zukunft bedeutet, dass das in der Zukunft wieder alles funktioniert, dass die Erreichbarkeit erhöht wird, dass das Öffi durch die Neutorgasse, usw. fährt und so viele andere Dinge mehr und Gesamtwunschkpakete, wie es in. Wir sind keine Geizkragen, aber wir schauen sehr bewusst auf die Deckel, die wir haben und setzen!



Gemeinderat **Binder**:

Als Gemeinderat hat man sehr vieles gelernt, von Pharaomeisen über Erbsenzähler diskutieren. Es ist, glaube ich, den Menschen tausendmal weniger wichtig, wer jetzt genau was für eine Position von welcher Partei einnimmt. Es wird irgendwann mal Zeit, dass den Betroffenen auf gute und vernünftige Art und Weise unter die Arme gegriffen wird, ihnen geholfen wird, dass die Gewerbetreibenden wieder gestärkt werden, dass auch etwas für die Kunden und die Reichbarkeit der Geschäfte getan wird. Ich glaube, diese beiden Anträge gehen in die richtige Richtung. Ich würde mich freuen, wenn Sie beide in Ihren Bericht aufnehmen würden.

Gemeinderat **Stücklschweiger**:

Es freut mich auch, festzustellen, dass in Wien die Baustellenförderung seit 2016 zu 100% von der Stadt getragen wird und nicht von der Wirtschaftskammer. Es gibt keine finanzielle Unterstützung von der Wirtschaftskammer. Wir sind in ständigem Austausch mit der WKO und arbeiten daran. Es wird jedoch schwierig sein, mit Marketingbudget etwas zu bewirken, wenn nicht klar ist, wie die Neutorgasse gestaltet wird und was dort passiert. Wenn die Vizebürgermeisterin und die Bürgermeisterin unterschiedliche Aussagen zum Autoverkehr machen, wie kann die Wirtschaftskammer etwas beitragen? Ich würde als Marketingverantwortlicher der Wirtschaftskammer kein Geld zur Verfügung stellen, solange kein klares Konzept vorgelegt wird.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Es wurde gefragt, ob die Neutorgasse zu einer Fußgängerzone wird, und ich habe damals enttäuscht geantwortet, dass es eine Verkehrsberuhigung geben wird. Das wurde bereits während meiner Amtszeit geplant und dem Verkehrsausschuss mitgeteilt. Lassen Sie uns jetzt zur Abstimmung übergehen. Ich denke, dass jeder Gemeinderat die Möglichkeit haben sollte, zu den Punkten abzustimmen. Antrag Dreisiebner, Punkt 1, wer stimmt dem zu? Einstimmig angenommen. Punkt 2, einstimmig angenommen. Antrag Gemeinderat Winter Punkt 1, keine Mehrheit. Punkt 2, einstimmig. Punkt 3, einstimmig angenommen. Punkt 4, einstimmig. Punkt 5,

einstimmig. Kommen wir nun zum Zusatzantrag von Herrn Gemeinderat Stücklschweiger. Sollen wir das getrennt behandeln oder alles zusammen? Der Zusatzantrag wurde abgelehnt, gegen die Stimmen von KPÖ, SPÖ, Grünen und NEOS.

***Der Antrag Dreisiebner wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag Winter, Punkt 1, abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr), Punkte 2 bis 6 einstimmig angenommen***

**Ende, dringliche Anträge: 20:14 Uhr**

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nun kehren wir zur ordentlichen Tagesordnung zurück. Der Berichterstatter für Tagesordnungspunkt 24 ist Herr Stadtrat Manfred Eber.